

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

Die Union

Partei neuen Stiles — 15 Jahre beispielloser politischer Leistung

Im Jahre 1960 besteht die Christlich Demokratische Union 5 Jahre. Sie ist also eine junge Partei, und die Gegner werfen ihr diese Tatsache gelegentlich vor. Die Sozialdemokraten befreuen sich auf ihre Tradition, auf ihre Geschichte, auf ihre Ahnen; für sie ist dieser zeitliche Ausweis zugleich eine Bestätigung der Qualität. Die CDU ist dagegen stolz darauf, daß sie jung ist. Sie hat in den 15 Jahren ihres Bestehens eine beispiellose politische Leistung vollbracht, und sie hat eine in Deutschland

einmalige historische Tat vollzogen: die Einigung von Christen beider Konfessionen zum politischen Handeln. Sie zog damit die einzig folgerichtige Lehre aus zwölf Jahren Nationalsozialismus: Gegen Totalitarismus, Materialismus und Unrecht schützt nur der starke Damm christlicher Lebensauffassung und eine Politik, die diese Auffassungen als Leitlinie für die tägliche Entscheidung anerkennt und auch danach handelt. In diesem Sinne wurden auch die ersten Grundsätze formuliert.

Die ersten programmatischen Erklärungen der Union, etwa die Kölner Leitsätze vom Juni 1945 oder die Neheim-Hüstener Erklärung der CDU der Britischen Zone, sind Dokumentationen dafür, daß diese neue Partei fest entschlossen ist, die Lehre aus dem "Tausendjährigen" Elend Hitlers in ihrer Politik zu verwirklichen. Wer heute diese Texte liest, erkennt deutlich, worauf es in jenen Tagen ankam und zwangsläufig ankommen mußte: Die Rückkehr zur Moral in der Politik, die Umkehr zur Demokratie, die aus der Ehrlichkeit gegen sich selbst und gegen jedermann lebt und in der Führer und Geführte sich in Rechten und Pflichten einander redlich und verpflichtend zu führen haben.

In den Kölner Leitsätzen ist diese Erkenntnis klar formuliert:

"Was uns in dieser Stunde der Not allein noch retten kann, ist eine ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte... Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist... Wahrheit, Ehrlichkeit und Treue zum gegebenen Wort soll unser öffentliches Leben leiten..."

Auch in der Erklärung von Neheim-Hüsten aus dem Jahre 1946 wird dieser Appell wiederholt, er steht an der Spitze aller Überlegungen über politische Einzelfragen und aktuelle Forderungen. Nicht der Staat ist der zentrale Punkt, um den die politischen Erklärungen der Union kreisen, sondern der Mensch in einem neuen Staat. Der Mensch ist für die Union nicht das Maß der Dinge, er ist das Geschöpf Gottes, das ein Recht darauf hat, frei zu sein, frei von Unrecht und Verfolgung, frei aber auch von den allgegenwärtigen Eingriffen des Staates, der sich des Menschen in vielerlei Gestalt „annimmt“, und ihn, auch ohne daß

er formal autoritär auftritt, auf die Dauer zum bloßen Werkzeug zu machen trachtet.

Die CDU hat daher in allen ihren programmatischen Erklärungen von Anfang an konsequent und als einzige deutsche Partei die Erhaltung oder die Wiedergeburt der Familie als wesent-

liche Aufgabe für die Zukunft proklamiert. Aus dieser Besorgtheit um den Menschen und um seine engste persönliche Welt ergibt sich die Richtung für die Kultur- und Sozialpolitik der CDU. Die Union vertrat also folgerichtig von Anfang das Recht der Eltern auf eine von ihnen gewünschte Schulform.

Recht auf Eigentum

Alle programmatischen Richtlinien der Politik der CDU enthalten die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und nach Unabhängigkeit der Bürger in der Gesellschaft. Von den Kölner Leitsätzen bis zum Kieler Manifest des Jahres 1958 findet sich daher die Forderung nach der Bildung von Eigentum auf breitestem Grundlage und in breitestem Streuung. Dabei ist das Eigentum als ein Recht betrachtet, nicht als ein Objekt der Taktik.

Für die CDU ist Eigentum nicht zuletzt auch ein moralischer und ethischer Wert, dessen Grundwert auch durch seinen Mißbrauch grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden darf. Diese Auffassung unterscheidet die CDU zutiefst von den Sozialisten, deren Grundeinstellung zum Eigentum nach wie vor negativ ist, weil Eigentum den Prozeß der Entwicklung zur sozialistischen Kollektivgesellschaft hemmt.

In diesem Zusammenhang muß ein Wort zu den sozialpolitischen Forderungen der Union gesagt werden. In den Kölner Leitsätzen, in der Neheim-Hüstener Erklärung, im Ahlener Programm des Jahres 1947 wird für „Unternehmungen monopolarigen Charakters“ die Vergesellschaftung empfohlen, für den Bergbau insbesondere und für die eisenschaffende Großindustrie. Diese Forderung

muß zusammen mit der damaligen Notzeit beurteilt werden, aus der die Formulierungen der CDU-Politiker der britischen Zone — diese Programme galten bekanntlich ausschließlich für die CDU dieser Besatzungszone mit ihrem großen Industrievier — verständlich werden. Im übrigen aber fordern alle Programme, auch das Ahlener Programm, genau das, was die CDU in ihrer zehnjährigen Regierungspolitik mit großer Energie verfolgt hat:

"Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des Einzelnen."

Die Forderung nach Vergesellschaftung gewisser Industrien, wie sie im Ahlener Programm formuliert worden ist, wurde der CDU im Laufe der Jahre immer wieder von Sozialisten und Liberalen vorgehalten. Die CDU braucht diese Teile einer ihrer ersten programmatischen Erklärungen nicht schamhaft zu verstecken, denn niemand, am allerwenigsten die Sozialisten, kann der CDU einen Vorwurf daraus machen, früh genug erkannt zu haben, daß der Weg der Vergesellschaftung nicht geeignet war, die wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der CDU zu verwirklichen: Freiheit, Unabhängigkeit des einzelnen, die Abkehr vom Dirigismus und vom Kollektiv, die Sicherung und Förderung

Bundespräsident Dr. D. Gerstenmaier auf der Sitzung des CDU-Bundesausschusses am 28. September 1959 in Bonn zu Bundeskanzler Dr. Adenauer:

„... Ich hatte vor einigen Jahren bei Ihrem 80. Geburtstag die Möglichkeit, über die geschichtliche Erscheinung Konrad Adenauer zu sprechen. Der Bundestagspräsident kann nur soweit sprechen, als ihm dies die äußerste Grenze des Konsenses des Bundestages gestattet. Ich habe darauf Bezug genommen. Aber heute und hier innerhalb eines so großen Parteigremiums halte ich es für richtig, noch ein Wort mehr hinzuzusetzen; denn hier ist es viel leichter und angenehmer, Herr Bundeskanzler, Ihnen ein Wort — ich kann es nicht anders sagen, ich habe ja hin und wieder zu Ihren Kritikern gehört — des ehrerbietigen Dankes zu sagen, den wir Ihnen schuldig sind.“

10 Jahre Kanzlerschaft! 10 Jahre Führung der größten Wählerpartei Deutschlands, und zwar in einem solch gigantischen politischen, gesellschaftlichen und weltpolitischen Umbruch! 10 Jahre lang mit einer etwas leicht schwankenden Popularitätskurve, aber doch auch nach schweren Kämpfen mit Abstand führend und anerkannt, nicht nur in Deutschland, sondern auch darüber hinaus in der ganzen Welt!

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands spricht Ihnen den ehrerbietigen Dank aus für das, was Sie für uns, für Deutschland und für die Freiheit der Welt in diesen 10 Jahren getan haben!

Wir wünschen Ihnen und uns von Herzen, daß Gottes Güte Ihnen noch lange die Kraft läßt, diesen Weg weiterzugehen. Sie werden auch fernerhin auf unsere treue Gefolgschaft und Mitarbeit rechnen können.“

„Menschliche Würde und Existenz sind schwer bedroht durch die kollektivistischen Tendenzen unserer Zeit. Deswegen verlangen wir Eigentum für alle Schichten unseres Volkes. Persönliches Eigentum fördert eine verantwortungsvolle Lebensführung des Menschen und seiner Familie. Je mehr Eigentümer, desto ausgewogener ist das soziale Gefüge und desto gesicherter der soziale Friede.“

Ebenso klar ist aber auch die Ablehnung kollektivistischer Praktiken:

„Verstaatlichung und sozialistisches Gemeineigentum sind keine Lösung der sozialen Frage“.

Ein Vergleich dieser Forderungen und selbstgesetzten Ziele der Union aus dem Hamburger Programm 1953 mit dem Hamburger Manifest von 1957 beweist eindeutig, daß die Linie der CDU unverändert geblieben ist, klar, eindeutig, konsequent:

„Die Christlich-Demokratische Union will die Freiheit des Bürgers, die Wahrung seiner Rechte, die Stärkung des Gemeinwesens.“

Die Christlich-Demokratische Union will Eigentum für jeden, Wohlstand für alle, Beständigkeit des Erreichten. Sie fordert deshalb:

die Fortsetzung der sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der besonderen Lage des Mittestandes und der Landwirtschaft,

die soziale Sicherheit und die innere Freiheit aller durch persönliches Eigentum, auch durch die Volksaktie,

die Sicherung der Zukunft durch großzügige Förderung von Familie, Jugend und Volksgesundheit, Forschung, Lehre und Erziehung.“

Die Analyse aller Programme der Union beweist eindrucksvoll, daß sie ihre großen Erfolge der Folgerichtigkeit in der Verwirklichung ihrer Ziele verdankt.

Lehren der Vergangenheit

Geschichtlicher Auftrag und Bewährung der Union

Als in den düsteren Wochen und Monaten, die der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerreiches folgten, Männer und Frauen des ehemaligen Zentrums, des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der Konservativen und der Liberalen sich zusammenfanden, um gemeinsam eine große christliche Volkspartei zu gründen, ahnte niemand, in welchem Maße das Schicksal des freien Teils unseres Vaterlandes mit dem Wirken dieser Union verbunden sein würde.

Der gemeinsame Widerstand politisch verantwortlicher Christen beider Konfessionen gegen das Hitlerische Gewaltsystem war die Geburtsstunde der politischen Union evangelischer und katholischer Christen, die das neue Deutschland aus einer Politik christlicher Verantwortung gestalten wollten.

Tragik der Weimarer Republik

Zentrum und Sozialdemokraten waren die einzigen Kräfte im deutschen Parteiensystem, die von 1890 bis 1933 bedeutende und stetige Erfolge erringen konnten. Beiden Parteien waren aber in der Zusammensetzung ihrer Mitglieder und

Wähler Grenzen der politischen Wirkungsmöglichkeiten gesetzt.

Die Sozialdemokraten, die nach Aufhebung der Sozialistengesetze im Jahre 1890 zunächst eine steile Aufwärtsentwicklung nahmen, blieben seit der Jahrhundertwende zunehmend auf die gleiche Zahl Anhänger begrenzt. Ihr Charakter als Klassenpartei und ihre Bemühungen, die Thesen von Marx und Engels im politischen Alltag zu verwirklichen, setzten ihren Wirkungsmöglichkeiten enge Grenzen. Ihre klassenkämpferischen Zielsetzungen und ihr gespanntes Verhältnis zu christlichen Vorstellungen von der Ordnung des menschlichen Zusammen-

der Eigenverantwortlichkeit und der persönlichen Initiative.

Wer die Düsseldorfer Leitsätze und die darin präzise formulierte Idee der Sozialen Marktwirtschaft studiert, findet die Grundgedanken aller vorausgegangenen Erklärungen der Union wieder: Oberstes Ziel aller Politik, auch aller Wirtschafts- und Sozialpolitik ist der Mensch — nicht der Staat, das Kollektiv. Es heißt:

„Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt.“

„In einer solchen Wirtschaftsordnung ist jeder Betrieb und jeder Haushalt im Rahmen der für alle gleichen Gesetze anstelle einer lenkenden Behörde Herr seiner wirtschaftlichen Entschlüsse.“

Düsseldorfer Leitsätze

Nicht weniger klar wird diese Grundauffassung im Hamburger Programm von 1953 ausgedrückt:

„Es ist Aufgabe des Staates, dem Menschen zu dienen. Der einzelne soll als freier Bürger Träger der Verantwortung für das Ganze sein.“

Zu den elementaren Forderungen, die sich die CDU in diesem Programm gesetzt hat, gehören

„der Ausbau der sozialen Sicherung, die Bildung von persönlichem Eigentum für breite Schichten des Volkes, gleiche Startbedingungen für alle mittelständischen Betriebe ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße, Förderung der privaten Bautätigkeit, des Wohnungseigentums und des Dauerwohnrechts, Förderung der Kapitalbildung zur Erhaltung der notwendigen Investitionen als Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.“

Alle diese Maßnahmen müssen dem Sparwillen der breitesten Schichten der Bevölkerung zugute kommen.“

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

jeder von Ihnen arbeitet an seinem Platz an der Verwirklichung unserer politischen Ziele. Er gehört zu dem großen Kreis der Vertrauensleute und Mitarbeiter, die sich zur Union bekennen, weil sie ihre Grundgedanken bejahen und in der Politik der Union innen- und außenpolitisch die Bürgschaft für ein freies, menschenwürdiges Leben ohne kollektiven Zwang und eine Bürgschaft für die Freiheit sehen, die den Deutschen in der Zone noch vorenthalten ist. Was ist diese Union, die in fünfzehn Jahren, gegründet im tiefsten Zusammenbruch unseres Vaterlandes, zur stärksten Partei und zur Trägerin eines beispiellosen Aufstiegs wurde?

Wie schon in den vergangenen Jahren haben wir die Jahresendnummer von „Union in Deutschland“ als Doppelnummer unter ein einheitliches

Thema gestellt. Es lautet in diesem Jahr: Die Christlich Demokratische und die Christlich Soziale Union. Schon bei der Planung ergab sich, wie vielschichtig die Antwort auf die gestellte Frage ist. Für Leser von „Union in Deutschland“ konnten wir in diesem Zusammenhang auf eine Stellungnahme zu allen Fragen der Tagespolitik verzichten. Sie ist in jeder Nummer dieses Informationsdienstes gegeben, der sich bemüht, mit allen Vertrauensleuten über die aktuelle Politik in ständigem Gespräch zu bleiben. Auch im Grundsätzlichen konnten wir uns vor diesem Leserkreis beschränken. So gewannen wir den Raum für eine Darstellung der Union, wie sie historisch entstanden ist und wie sie sich in Bund, Ländern und Gemeinden, in ihren Führungsgremien und in ihren Vereinigungen gliedert. Wir geben Ihnen damit einen zusammenhängenden Überblick, der es Ihnen ermöglichen dürfte, auf manche Fragen Antwort zu geben, die vielleicht schon bisher an Sie gestellt wurden, ohne daß Sie immer eine Auskunft zur Hand hatten.

Eine schematische Zeichnung des organisatorischen Aufbaus der Union erleichtert den Weg durch das vielgestaltige Gebilde einer modernen großen Partei. Jedes einzelne Gebiet stellt seine besonderen Aufgaben. Es liegt nicht zuletzt an unserer Arbeit, den organisatorischen Rahmen in seiner vielfältigen Gliederung mit Leben und Zielstrebigem Willen zu erfüllen. Wir dürfen zu Recht von der Union sagen, daß sie eine Partei neuen Stils ist, wie man sie so umfassend früher in Deutschland nicht gekannt hat. Sie vereint in ihren Reihen die Konfessionen und die Stände, und sie hat damit schon die meisten Probleme, die in der Politik zu entscheiden sind, in ihrer Mitte selbst vorzuklären. Sie ist eine junge Partei. Sorgen wir alle dafür, daß der organisatorische Unterbau mit dem Wachstum und den Aufgaben, die damit an uns gestellt sind, Schritt hält.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich ein gesegnetes Fest und alles Gute zum Neuen Jahr!

Ihr Konrad Kraske

lebens ließ die Sozialdemokratie nie zu einer großen Volkspartei werden.

Dem Zentrum gelang es im politischen Alltag nicht, die Vorstellung zu verwirklichen, die Windhorst einst in seiner Papenburger Rede am 17. August 1872 entwickelte:

„Wir müssen die Partei auf alle christlichen Bekenntnisse ausdehnen, wir bilden nur die ersten Anfänge, und wir wollen hoffen, daß Brüder aus anderen Bekenntnissen positiver Richtung sich uns anschließen. Der Kampf wird an dem Tage zu Ende sein, an dem alle positiv gläubigen Christen zusammen dem Unglaublichen gegenüberstehen.“

Wiewiel Leid wäre der politischen Geschichte unseres Volkes erspart geblieben, wenn die einsichtigen und über Jahrzehnte vorausschauenden Worte Wirklichkeit geworden wären.

Auch nach 1918 blieb den Versuchen des Zentrums, dieses Vermächtnis von Windhorst zu verwirklichen, der Erfolg versagt. Für die Weimarer Republik erwies es sich als tragisch, daß die Bildung des Zentrums im Jahre 1919 als christlicher Volkspartei im politischen Alltag ebensowenig diese gemeinsame politische Zusammenarbeit beider Konfessionen erreichen konnte wie die mahnenden Worte des großen christlichen Gewerkschaftlers Adam Stegerwald auf der denkwürdigen Kundgebung am 21. November 1920 im Saalbau in Essen.

Zwischen den Fronten

In den Wahlergebnissen jener Jahrzehnte spiegelte sich deutlich wider, daß

vor allem die Mehrzahl der nichtsozialistischen evangelischen Wähler auf die Dauer politisch heimatlos waren. Im kaiserlichen Deutschland und in den zwanziger Jahren der Weimarer Republik schwankten sie zwischen Liberalen und Konservativen, die schließlich beim Aufkommen des Nationalsozialismus völlig bedeutungslos wurden. Betont evangelische Parteibildungen wie der Christlich-

Soziale Volksdienst konnten bei den Wahlen keine bedeutenden Erfolge erzielen. Daß weite Kreise der evangelischen Bevölkerung von 1871 bis zum Ausgang der Weimarer Republik keine feste politische Heimat hatten, war die eindringliche geschichtliche Mahnung, die evangelische und katholische Politiker nach 1945 zu gemeinsamem Handeln aufrief.

Der Durchbruch zur Union

Spontan erfolgte nach dem Ende des zweiten Weltkrieges unabhängig voneinander in allen Teilen Deutschlands die Gründung der CDU. In der früheren rheinischen Hochburg des Zentrums in Köln, im evangelischen Norden in Schleswig-Holstein und in Berlin, fanden sich — wie an anderen Orten — Männer und Frauen zusammen, die die Politik aus christlicher Verantwortung in vertrauensvoller Zusammenarbeit beider Konfessionen gestalten wollten. Die früheren rheinischen Zentrumsführer reichten sich in der Union die Hände zu gemeinsamem Wirken mit den Württemberger Exponenten des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Simpfendorfer und Bausch, und den Politikern der früheren Deutschen Demokratischen Partei wie z. B. Lemmer und Dr. Schreiber in Berlin und Theodor Steltzer in Schleswig-Holstein. Es dürfte historisch unbestritten sein, daß diese großherzige Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit zugleich der Grundstein war für den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes.

Die Entwicklung hat dem Entschluß von 1945 recht gegeben. Die CDU stellt seit 1949 den Bundeskanzler und trägt die Verantwortung für die Regierungspolitik im freien Teil Deutschlands. Erstmals in der Geschichte deutscher Wahlen war es die CDU, die die absolute Mehrheit im obersten deutschen Parlament erreichen konnte. Während in früheren Jahrzehnten stets von der „Abnutzung“ der Parteien in politischer Verantwortung gesprochen wurde, gelang es der Union, von Wahl zu Wahl größere Erfolge zu erzielen. Für Zentrum und Bayrische Volkspartei entschieden sich in der Weimarer Republik zwischen 20 und 27 v. H. der Wähler des heutigen Bundesgebietes, der Stimmenanteil der CDU/CSU dagegen lag bei der Bundestagswahl 1953 mit 45 v. H. und bei der Bundestagswahl 1957 mit 50 v. H. nahezu doppelt so hoch. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige und freie Berufe fanden sich in der Union zu gemeinsamem politischem Handeln.

Aufbau der CDU

Das politische Ziel der CDU und ihr organisatorischer Grundriß sind im Statut der CDU niedergelegt, das vom 6. Bundesparteitag im April 1956 in Stuttgart beschlossen wurde. Entsprechend dem Auftrag dieses Bundesparteitags ist im Laufe der folgenden Jahre die Geschäftsordnung, ferner die Finanzordnung und die Parteigerichtsordnung ausgearbeitet worden. Sie wurden im Herbst 1959 verabschiedet.

Der Paragraph 1 des Statuts lautet:

„Die Christlich Demokratische Union Deutschlands will das öffentliche Leben im Dienst des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes aus christlicher Verantwortung und nach dem christlichen Sittengesetz auf der Grundlage der persönlichen Freiheit demokratisch gestalten.“

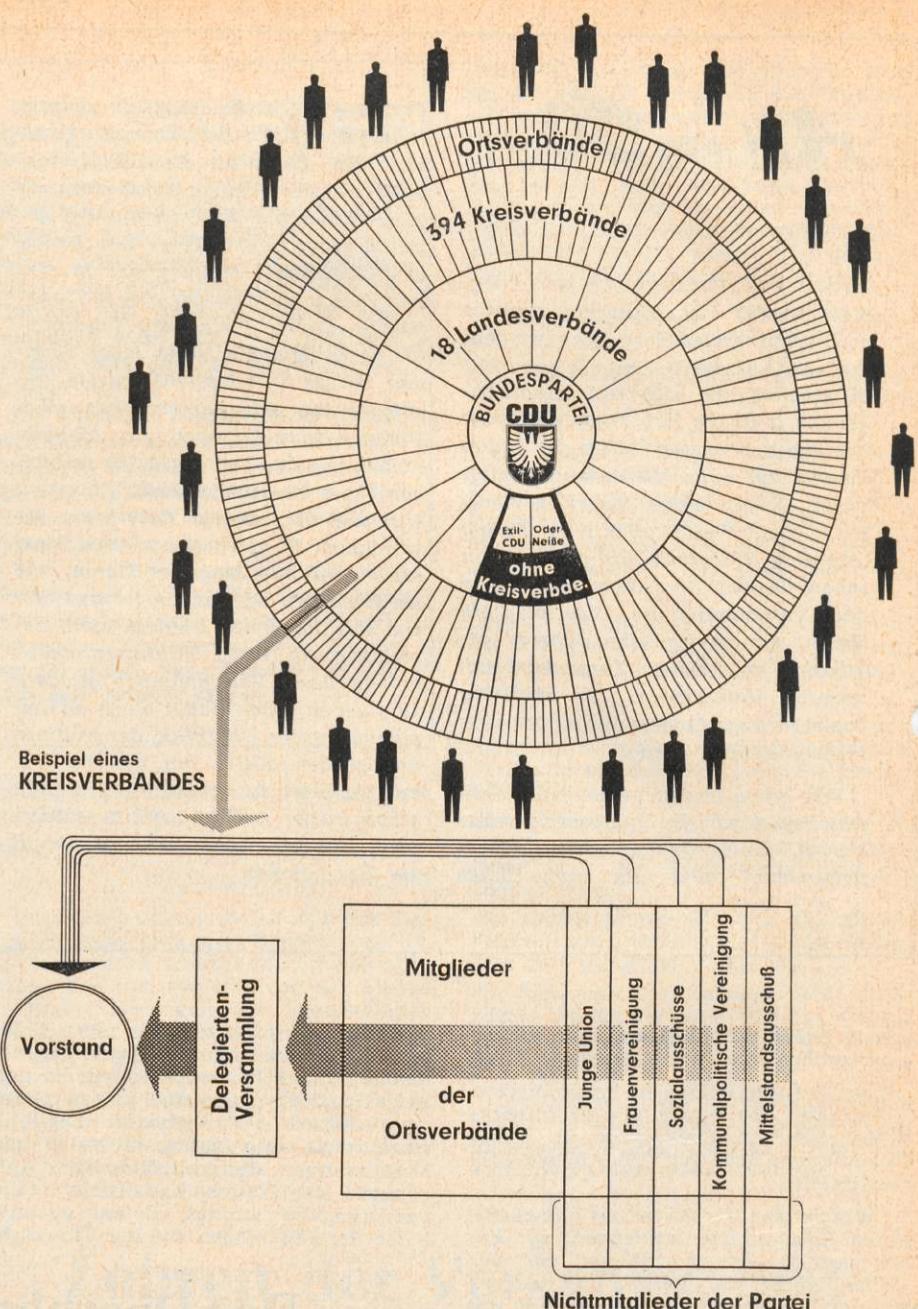
Es ist selbstverständlich, daß der Aufbau der CDU in demokratischer Weise gegliedert ist. Nach dem Delegationsprinzip wird dabei jede Einheit durch ihre gewählten Vertreter in der nächsthöheren Organisationsstufe repräsentiert. Die Geschäftsordnung bestimmt, daß sich die Stufen in Ortsverbände, Kreisverbände, Landesverbände und Bundespartei gliedern.

Der Kreisverband

Der Kreisverband ist die kleinste selbständige organisatorische Einheit der CDU, zuständig für alle organisatorischen und politischen Fragen seines Bereichs. Sein Aufbau spiegelt das Prinzip wider, das sich in allen Organisationsstufen der Partei wiederholt, und läßt die Spannweite der CDU erkennen.

Die Mitglieder sind durch die Ortsverbände, denen sie angehören, im Kreisverband vertreten. Sie wählen die Delegierten, die Delegierten wiederum den Vorstand. Dem Kreisverband angegliedert sind die fünf Vereinigungen, die, wie die Geschäftsordnung sagt, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen verbreiten und vertreten und die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU wahren. Bei diesen Vereinigungen handelt es sich um die Junge Union als Vertreterin der jungen Generation, die Vereinigung der Frauen, die Sozialausschüsse als Vertretung der Arbeitnehmer, die Kommunalpolitische Vereinigung und den Mittelstandsausschuß. Allen diesen Vereinigungen ist eigentlich, daß ihnen auch Nichtmitglieder der CDU angehören können. Die Vereinigungen, deren organisatorischer Aufbau dem der Partei entsprechen muß, entsenden ihre Vorsitzenden in den Vorstand des Kreisverbandes.

Daneben räumt die Geschäftsordnung der CDU dem Kreisverband wie allen anderen selbständigen Organisationsstufen



der Partei das Recht ein, zur Unterstützung und Beratung des Vorstandes Fachausschüsse zu berufen.

Die Landesverbände

Die nächsthöhere Organisationsstufe sind die Landesverbände, die zuständig sind für alle politischen und organisatorischen Fragen ihres Bereiches. Eine Sonderstellung unter den 18 Landesverbänden nehmen die besonderen Vertretungen ein als Repräsentanten innerhalb der CDU der Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen z. Z. nicht abgehalten werden können oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können.

Die Exil-CDU als Vertretung derjenigen Kräfte, die, frei und demokratisch gewählt, bis zur Gleichschaltung die Christlich Demokratische Union in der sowjetischen Besatzungszone bildeten, entsendet 75 Delegierte zum Bundesparteitag und 8 Delegierte in den Bundesausschuß. Die Vertretung der Gebiete jenseits von Oder

und Neiße, ebenfalls den Landesverbänden in der Bundesrepublik gleichgestellt, schickt 20 Delegierte zum Bundesparteitag und 5 Delegierte in den Bundesausschuß.

Die Zahl der Landesverbände stimmt nicht mit der Zahl der Bundesländer überein, weil sich, begründet durch die Entstehung der CDU in den ersten Nachkriegsjahren, organisatorisch noch die landsmannschaftliche Zusammengehörigkeit bzw. die Trennung nach Besatzungszonen erhalten hat. So bestehen in Nordrhein-Westfalen zwei, in Niedersachsen drei und in Baden-Württemberg vier Landesverbände.

Die Bundespartei

Unter dem Begriff „Bundespartei“ sind die Spitzenorgane der CDU zusammengefaßt: der Bundesparteitag, der Bundesausschuß und der Bundesvorstand.

Nach dem Statut der CDU setzt sich der Bundesparteitag aus den Delegierten der Landesverbände (einschließlich Exil-CDU)

BUNDESVERSTAND

1. Vorsitzender: Dr. Konrad Adenauer.

Stellvertreter: Bundesarbeitsminister Theodor Blank, Bundestagspräsident Dr. Dr. Eugen Gerstenmaier, Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel, Dr. Heinrich Krone, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Geschäftsführende Vorstandsmitglieder: Ministerpräsident Kurt-Georg Kiesinger, Ministerpräsident Dr. Franz Meyers, Bundesminister Dr. Gerhard Schröder.

Bundesschatzmeister: Klaus H. Scheufelen (kommissarisch) — Bundesgeschäftsführer: Dr. Konrad Krasko.

Bundestagsfraktionsvorsitzender und Stellvertreter: *Dr. Heinrich Krone, Adolf Cillien.

Bundestagspräsident: *D. Dr. Eugen Gerstenmaier.

Die Vorsitzenden der CDU-Landesverbände (Siehe S. 13)

Die Vorsitzenden der Vereinigungen (Frauen, Junge Union, Kommuni-

nalpolitische Vereinigung, Sozialausschüsse, Mittelstandsausschüsse). (Siehe S. 6—10).

Zehn weitere Mitglieder: *Johannes Albers, Bernhard Bauknecht, *Aenne Brausiepe MdB, *Dr. Johann B. Grädl MdB, Dr. habil. Fritz Hellwig, Bundesminister Dr. Hermann Lindner MdB, Minister Edo Osterloh, Dr. Luise Rehling MdB, Landesminister a. D. Dr. A. Zimmer MdB.

Die der CDU angehörenden Ministerpräsidenten: *D. h. c. P. Altmeier, *Kai-Uwe von Hassel, *Kurt-Georg Kiesinger, *Dr. Franz Meyers, *Dr. Franz-Josef Röder.

Die CDU-Bundesminister: *Theodor Blank, Dr. Heinrich von Brentano, Prof. Dr. Ludwig Erhard, Franz Etzel, *Ernst Lemmer, *Dr. Hermann Lindner, Paul Lücke, Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer, *Dr. Gerhard Schröder, Werner Schwarz, Dr. Franz-Josef Wuermeling.

Die mit * bezeichneten Mitglieder gehören dem Bundesvorstand in mehrfacher Eigenschaft an.

desverbände (Exil-CDU und Oder/Neiße eingeschlossen) und die Vorsitzenden der Vereinigungen. Die CDU-Regierungschefs und die CDU-Bundesminister nehmen an den Sitzungen teil, sind aber nicht stimmberechtigt.

Zusammenarbeit mit den Parlamenten

Die Bestimmungen des Statuts lassen erkennen, welcher Nachdruck auf eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen der Partei einerseits und ihren Vereinigungen, insbesondere aber den Vertretungen der CDU in den Parlamenten von Bund und Ländern gelegt wird. In dem Statut ist weiterhin ausdrücklich festgelegt, daß in allen Organen der Partei Frauen und die Junge Union angemessen vertreten sein sollen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Kreis- bzw. den Landesverbänden und der Bundespartei ist durch die Geschäftsordnung geregelt. Darin ist festgelegt, daß sich die höhere Instanz jederzeit über die Angelegenheiten der nachgeordneten Instanz unterrichten kann und daß sie das erforderliche veranlassen kann, wenn die nachgeordnete Instanz die ihr laut Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben und Pflichten nicht erfüllt. Die Kreisverbände berichten den Landesverbänden monatlich, die Landesverbände der Bundespartei vierteljährlich über alle für die Partiarbeit wesentlichen Vorgänge.

Aus der praktischen Notwendigkeit hat sich eine weitere Form der Zusammenarbeit in der Konferenz der Landesvorsitzenden und der Konferenz der Landeschäftsführer ergeben.

Die Bundesgeschäftsstelle

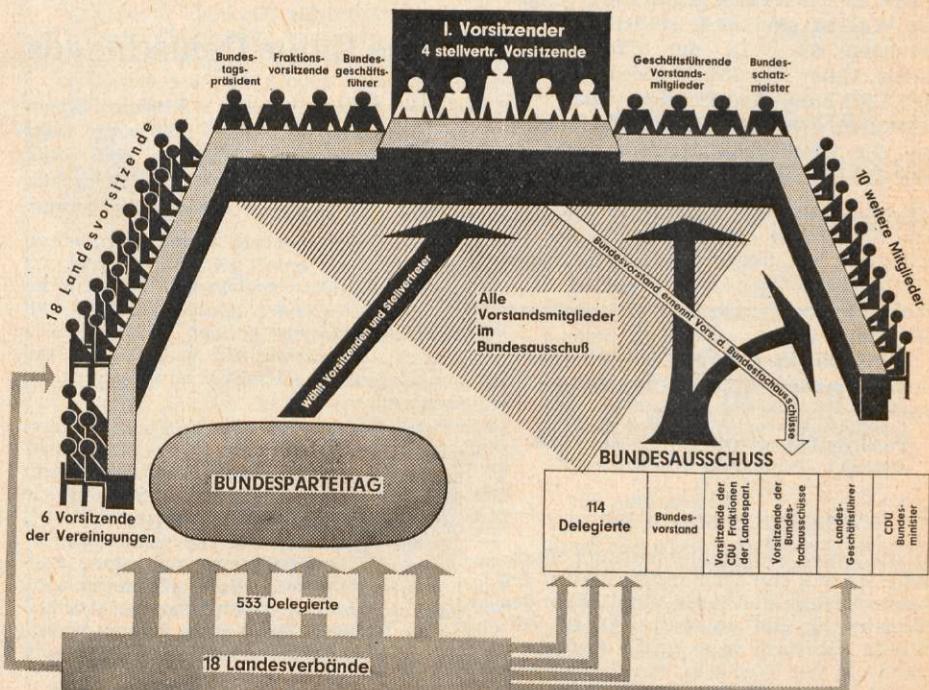
Die Bundesgeschäftsstelle dient dem Bundesvorstand zur Verwirklichung seiner Absichten. Sie ist die Kontaktstelle zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden sowie den Vereinigungen und Ausschüssen und den befreundeten ausländischen Parteien, sie sam-

Zusammenarbeit mit den Landesverbänden an der Nominierung der Kandidaten für den Bundestag mitwirkt.

Der Bundesvorstand

Gemäß den Beschlüssen des Bundesparteitags und des Bundesausschusses leitet der Bundesvorstand die Bundespartei. Der Vorstand wählt ferner den Bundesgeschäftsführer.

Dem Bundesvorstand gehören an: der Vorsitzende und seine vier Stellvertreter, die vom Bundesausschuß gewählten Mitglieder (drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder, Bundesschatzmeister und 10 weitere Mitglieder), der Bundesgeschäftsführer, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion und sein Stellvertreter, der Bundestagspräsident, wenn er der CDU angehört, die Vorsitzenden der Lan-



melt und verwertet die aus der Partei und von außen her kommenden Informationen, bearbeitet organisatorische und statistische Fragen und trifft die Vorbereitungen für die Bundestagswahlen; sie koordiniert ferner die Propaganda und ist zuständig für die Pressearbeit der Bundespartei.

Die Bundesgeschäftsstelle ist in drei Abteilungen gegliedert: die allgemeine Abteilung, die Organisationsabteilung und die Presseabteilung.

Die Bundesgeschäftsstelle

Bundesgeschäftsführer und Leiter der allgemeinen Abteilung: Dr. Konrad Kraske. — **Leiter der Abteilung Organisation und Werbung:** Peter Müllenbach. — **Leiter der Presseabteilung:** Dr. Heinz Pettenberg.

Publizistische Organe: „Deutschland Union-Dienst“, offizieller Presse-dienst der CDU/CSU (in Zusam-menarbeit mit der Bundestagsfrak-tion). — Informationsdienst „Union in Deutschland“. — „Deutsches Mo-natsblatt“, Bundesausgabe (die Lan-desverbände Rheinland und West-falen geben eigene Ausgaben des „Deutschen Monatsblatts“ heraus).

Publizistische Organe, die in Zu-sammenarbeit mit der Bundesge-schäftsstelle herausgegeben wer-den: „Der Betriebsrätebrief“, „Der Agrarbrief“.

der Aufstellung von Kandidatinnen, vor allem für die Gemeindevertretungen. Sie will ferner in der Form ihrer Arbeit und in der Planung ihrer Veranstaltungen berücksichtigen, daß bei den Frauen persönliche Interessen, familiäre Bindungen und Berufstätigkeit so unterschiedlich sind, daß für die Heranziehung von Frauen zur politischen Mitarbeit viele und sehr ver-schiedene Wege beschritten werden müssen.

Die Vereinigung der Frauen in der CDU führt ferner in regelmäßigen Ab-ständen in ihren Kreis- und Landesver-einigungen Vortragsreihen und Tagun-gen über die politische Arbeit der Frauen durch. Die Bundesvereinigung veranstaltet regelmäßig einwöchige Seminare für Frauen, die sich vorwiegend mit den Fra-gen der Mitarbeit der Frau in der Öffent-lichkeit, in der Kommunalpolitik, den Problernen der Wiedervereinigung Deutschlands und der Arbeit der politi-schen, wirtschaftlichen und kulturellen europäischen Zusammenschlüsse beschäf-tigen.

Die Bundesvereinigung der Frauen hat im letzten Jahr begonnen, Fachausschüsse aus ihren Mitgliedern zu bilden, in denen — auf schriftlichem Wege — Meinungs-austausch und Meinungsbildung über ent-sprechende politische Probleme bzw. Ge-setzentwürfe gefördert wird. Ferner werden alle Kommunalpolitikerinnen regel-mäßig mit besonderen Informationen ver-sorgt und die Landtagsabgeordneten über die anstehende Gesetzgebung in den ein-zelnen Landtagen unterrichtet.

Die Vereinigung hat z. Z. rund 30 000 Mitglieder, die Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen in den Landesverbänden Rhein-land, Westfalen und Berlin.

Organe der Bundesvereinigung sind der Hauptausschuß, dem der Vorstand, die Vorsitzenden der Landesvereinigungen und die Frauenreferentinnen der Landes-verbände angehören, und der Delegiertentag. Die Mandatsträgerinnen der Union im Bundestag und in den Land-tagen sind nichtstimmberchtigte Mitglie-der des Hauptausschusses und des Dele-giertentages.

Die Vereinigungen

Die Vereinigung der Frauen der CDU

Die Frauen sind ein entscheidender Faktor in der Politik. In den vergange-nen Wahlen sind nach statistischen Er-hebungen 60 v. H. der CDU-Wähler Frauen. Unter den 280 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind 22 Frauen, in den CDU- bzw. CSU-Frak-tionen der Kommunalparlamente gibt es rund 400 Frauen.

Diesen Tatsachen trägt die „Vereini-gung der Frauen in der CDU“, in der die weiblichen Mitglieder der CDU organisa-

Vereinigung der Frauen der CDU

Vorsitzende: Aenne Brausiepe, MdB, Dr. Hedwig Jochmus
Geschäftsführerin: Dr. Ilse Bab
Publizistisches Organ: „Frau und Politik“

torisch zusammengeschlossen sind, Rechnung. Sie will den Meinungsaustausch der Frauen fördern und ihren Mitgliedern das Rüstzeug für die politische Arbeit ver-mitteln. Sie sieht zwei große Aufgaben-gebiete in der Werbung von Frauen zum Beitritt zur Union und in der Förderung

Im Gedenken

Die CDU gedenkt am Ende dieses Jahres, an dem sie zugleich einen Rückblick auf ihre Arbeit seit der Gründung hält, ihrer Toten. Die Union, seit 1949 in der Verantwortung für den Staat, hat manchen schweren Verlust erlitten und wertvolle Freunde ver-loren, die in den besten Jahren ihres Lebens und auf dem Höhepunkt ihrer politischen Schaffenskraft aus der Arbeit für Deutschland abberufen wurden.

Am 29. Oktober 1954 starb Hermann Ehlers. Der Tod dieses Mannes traf die CDU, das Parlament und das ganze Volk wie ein Schlag, denn niemand vermochte sich vorzustellen, daß dieser robuste Mann, der gerade fünfzig Jahre alt geworden war, die politische Bühne würde verlassen müssen. Hermann Ehlers hat der jungen Demokratie durch seine Arbeit, durch seine wegweisenden Gedanken und durch seine Persönlichkeit ein Leitbild vermittelt, das bis auf den heutigen Tag nicht verblaßt ist. Ehlers hat mit einer Unerbittlichkeit, die ihm zu Lebzeiten gelegentlich von Leuten, die ihn gründlich mißverstanden hatten, als Anmaßung und Selbstherrlichkeit ausgelegt wurde, die Würde und die Bedeutung und die Macht des Parlaments konsequent vertreten. Es sind sich alle Parteien darin einig, daß unter diesem Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers im deutschen Volk zum ersten Male in seiner parlamentarischen Ge-schichte deutlich gemacht wurde, daß die parlamentarische Demokratie und damit das Parlament selbst nicht nur die formale Repräsentanz der politi-schen Willensbildung abgab, sondern die Demokratie selbst bedeutete.

Ein Jahr später, im November 1955, verlor die Union ihren stellvertreten-den Vorsitzenden Robert Tillmanns. Auch er gehört zu den Männern, die an der Aufgabe mitarbeiteten, die Herrmann Ehlers sich selbst gestellt hatte, daß in unserem Volke das Bewußtsein dafür geweckt und gestärkt werde, daß der Neubeginn der deu-schen Politik und unseres Staates na-der schrecklichen Vergangenheit nur auf der festen breiten Grundlage christlicher Überlieferung und Über-zeugung gebaut werden kann. Robert Tillmanns war stiller als Hermann Ehlers, er war vielleicht auch verbin-licher und in manchen organisato-rischen Dingen war er auf Grund seiner Tätigkeit innerhalb der Union näher an der Praxis, aber beide lebten sie in demselben Geiste, beide waren sie unerschrocken in ihrem Bekenn-nis. Das Wort, das hier von Robert Tillmanns zitiert werden soll, mag seinen politischen Willen umreißen: „Man hat unseren Willen zur Wie-dervereinigung in der Welt nicht immer richtig verstanden. Daher ist es stets von Neuem notwendig zu sagen: Wir wollen nichts anderes als das, was allen Völkern auch nach den Grundsätzen der Vereinten Nationen zuerkannt ist — nämlich nach unse-rem Wesen, unserer Geschichte und unserer Kultur miteinander in einem Staat leben. Das ist kein nationaler Egoismus, das ist kein veraltetes Machtstreben, sondern das ist ein-

faches, selbstverständliches Lebensrecht . . . Wir wollen im vereinten Deutschland und durch diese Wiedervereinigung zugleich dem Frieden in Europa und der ganzen Welt dienen und mit allen Völkern im Westen und Osten in Frieden zusammenleben, wieder in Ruhe arbeiten und gemeinsam unser Leben aufbauen."

Auf dem Höhepunkt des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen starb Karl Arnold. Seine Freunde vermochten die Todesnachricht nicht zu fassen, denn Karl Arnold war der Mann, der für sein Land Nordrhein-Westfalen und für seine Union bis zum Tage vor seinem Tode unverdrossen und ungebrochen gearbeitet hatte. Mit dem Namen Karl Arnold war die Union in den Wahlkampf gezogen, und unter seinem Namen hatte sich das Land zwischen Rhein und Weser zu seiner jetzigen wirtschaftlichen und politischen Stabilität entwickelt. Für die Arbeiter im Industrievier war Karl Arnold mehr als der Repräsentant einer Partei, er war einer der ihren, ihr Ministerpräsident, und selten ist dieses Bewußtsein so deutlich bewiesen worden wie beim Tode Karl Arnolds, als Zehntausende ihm auf seinem letzten Wege das Geleit gaben.

Die nordrhein-westfälische CDU verlor im gleichen Jahr ihren Freund Josef Gockeln. Gockeln war aus der katholischen Arbeiterbewegung über die soziale Arbeit zur Politik gekommen, und er hat diese seine Lehrzeit gründlich genutzt und in seinem politischen Wirken unmißverständlich vertreten. Es war dabei seine große Begabung, ausgleichend und vermittelnd zu wirken, in kritischen Situationen war es sicher, daß Josef Gockelns Humor das erlösende Wort fand. Er hat der CDU zusammen mit Karl Arnold und den Männern der großen christlichen Arbeiterbewegung vom Tage der Gründung an die sozialpolitischen Leitlinien vermittelt, die von der Erfahrung aus der Weimarer Zeit geprägt waren und die Erkenntnis politisch wirksam werden ließen, daß nämlich der Staat nicht aufzuspalten sei in separierte Klassen und Interessen. Josef Gockeln war ein Politiker, der sich eine gesunde und verantwortungsbewußte Sozialpolitik nicht am Reißbrett konstruierte, sondern sich immer darüber klar gewesen ist, daß jede soziale Leistung erarbeitet werden muß und daß daher eine stabile Wirtschaft die Voraussetzung für jede sozialpolitische Arbeit bedeutet. Diesen Standpunkt hat er ehrlich und ohne Ressentiments allen Verhandlungspartnern gegenüber vertreten, so daß er mit Recht der Vermittler zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern genannt worden ist.

Diese vier Männer, die stellvertretend stehen für die vielen Freunde und Mitstreiter, die nicht mehr unter den Lebenden weilen, haben der Christlich Demokratischen Union viel gegeben. Ihr Vermächtnis fällt schwer in die Wagschale, wenn man künftig von der CDU, von ihrer politischen Zielsetzung und von ihrem Geist sprechen wird, denn sie haben die Partei und ihren Geist mitgeprägt.

Fortsetzung von Seite 6

dern als „Arbeitsgemeinschaften der CDU/CSU“ auftreten.

1947 im Januar wurde auf dem ersten Deutschlandtag der Jungen Union in Königstein/Taunus ein Arbeitsausschuß auf Landesbasis gebildet, der folgende Forderungen erhob:

„Die Junge Union fordert die soziale Tat (wie *Hebung des Lebensstandards, Linderung der Not der sozial Schwachen, Lastenausgleich, Siedlungsprogramm, Mitbestimmungsrecht und leistungsgerechter Lohn*).“

Die Junge Union fordert die Rechtsicherheit (damit die Freiheit und Unverletzbarkeit der Person in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege auch tatsächlich beachtet wird).“

Fünf Monate nach dem Königsteiner Deutschlandtag fand vom 28. Mai bis 1. Juni im sowjetischen Sektor Berlins in der Jägerstraße der zweite Deutschlandtag statt. Hier wurde das erste Führungs-gremium, ein Neunerausschuß, gebildet. Zu diesem Zeitpunkt zählte die Junge Union in der sowjetischen Besatzungszone bereits 42 000 Mitglieder. Durch Verbot wurde sie im Februar 1948 gezwungen den Namen „Junge Union“ aufzugeben. Daraufhin erklärten die beiden gewählten Sprecher, daß die Arbeit der Jungen Union in der sowjetischen Besatzungszone ab sofort ruhe.

Die „Würzburger Beschlüsse“, die der Deutschlandrat im März 1950 faßte, nen-

Die Junge Union hat stets ihre Hauptaufgabe darin gesehen, die junge Generation in der Partei wirksam zu vertreten und die Anliegen der Union in die junge Generation hineinzutragen. Sie hat sich dabei nicht allein auf die jugendpolitischen Fragen beschränkt. Der Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, präzisierte die Stellung der Partei zu Jungen Union in seinem Referat in Königstein mit folgenden Worten.

„Ich spreche der jungen Generation vorbehaltlos das Recht zu, prüfend und nicht ohne Vorbehalt an die Erfahrungen der älteren Generation heranzugehen, um sich eine eigene Meinung zu bilden. Dies Recht darf ihr niemals genommen werden. Sie wird manchmal daneben hauen — meine Freunde; das schadet aber gar nichts! Man sieht die Dinge in der Jugend anders als im Alter, wenn man schon einige Erfahrungen hinter sich gebracht hat. Es gibt ein altes Sprichwort: Man wird nur durch Erfahrung klug. Und so gestehe ich der jungen Generation von vornherein das Recht zu, ihre eigene Meinung zu haben, die Alten zu kritisieren und die eigene Meinung zur Gelung zu bringen.“

Die Organe der Jungen Union Deutschlands sind der Deutschlandtag, der Deutschlandrat und der Bundesvorstand. Zum Deutschlandtag und zum Deutschlandrat entsenden die Landesverbände ihre Vertreter. Der Deutschlandtag wählt den Bundesvorstand.

Von den rd. 70 000 Mitgliedern der Jungen Union sind 64,6 v. H. Arbeitnehmer. Aus den Reihen des Mittelstandes kommen 23,7 v. H. Die Schüler und Studenten haben einen Anteil von 10,2 v. H. an der Mitgliedschaft. 1,5 v. H. sind Hausfrauen.

In den verschiedenen Altersgruppen der Jungen Union sind über 30 Jahre 25,7 v. H., zwischen 20 und 30 Jahren 52,6 v. H. und unter 20 Jahren 21,7 v. H.

Die Junge Union hat in der Vergangenheit von ihrem Recht der Kritik an der Partei Gebrauch gemacht. Sie ist sich aber auch immer der Verantwortung für die Union und für das Wohl unseres Volkes bewußt gewesen.

Heinz Schwarz, MdL

Junge Union

Vorstand: 1. Vorsitzender: Dr. Gerhard Stoltenberg MdB, Stellvertreter: Franz Sackmann MdL, Dr. Bert Even MdB, ferner: Theodor Mengelkamp MdB, Weert Börner, Werner Zeyer, Dr. Egon Klepsch, Dr. Mathilde Weichner, Dr. Trudpert Meder, Siegfried Dübel, Günther Schacht.

Bundessekretär: Heinz Schwarz, MdL.

Publizistisches Organ: Die Entscheidung.

nen unter den „Grundforderungen“ der Jungen Union die verantwortliche Mitarbeit der jungen Generation an der Neuordnung des öffentlichen Lebens; die Erneuerung des geistigen und kulturellen Lebens auf der Grundlage des Christentums; die Sicherung der persönlichen, familiären und sozialen Existenz als Aufgabe der Sozial- und Wirtschaftspolitik; einen gerechten Lastenausgleich zugunsten der Ostvertriebenen und aller Opfer des Krieges; die Wiederherstellung Deutschlands in seinen geschichtlichen Grenzen; den gleichberechtigten Zusammenschluß der europäischen Staaten zur europäischen Union.

Bereits im ersten Deutschen Bundestag war die „Junge Union“ mit 30 Abgeordneten vertreten. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Dr. Gerhard Stoltenberg konnte auf dem Deutschlandtag 1959 in Berlin feststellen, daß 42 Mitglieder der Jungen Union allein im Jahre 1959 in Landesparlamente gewählt wurden. Besonders in den kommunalen Parlamenten hat die Junge Union in großem Maße die Verantwortung im Rahmen der Mandatsträger der Union übernehmen können.

Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft

Wesen und Aufgabe der Sozialausschüsse sind geprägt durch die christlich-soziale Bewegung, deren Tradition von ihr bewußt aufgenommen und deren Ziele von ihr weiterverfolgt werden. Von hier aus erklärt sich ihr Standort und ihre Eigenständigkeit innerhalb der Union Christlicher Demokraten.

Sie sind aus dem Bild der Union ebenso wenig fortzudenken, wie aus dem Bild einer aus christlicher Verantwortung geprägten Gesellschaft und ihres Staates.

Die Wurzeln der Sozialausschüsse liegen also in einer Bewegung, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch des

nationalsozialistischen Regimes im Mittelpunkt der Bemühungen um einen Neuaufbau des öffentlichen Lebens stand. Dem Sozialismus und Kommunismus, der sich hier sehr schnell formierte, standen auf christlicher Seite als eine stärkere Kräftegruppe nur die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft gegenüber. Neben dieser, durch einen jahrzehntelangen Kampf um politische Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit zusammen gewachsenen Gemeinschaft gab es im christlichen Raum zwar eine Anzahl fortschrittlicher Kräfte und Persönlichkeiten, aber keine Gruppierung, die über ein konkretes, politisches und gesellschaftliches

Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft

Vorsitzender: Johannes Albers
Geschäftsführer: Hans Katzer MdB
Organ: Soziale Ordnung

Ordnungsbild verfügte. Zu diesem Ordnungsbild der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft gehörte auch die bereits von Adam Stegerwald auf dem Essener Kongreß der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften erhobenen Forderung „Beseitigung der Zersplitterung im christlichen Lager durch den Zusammenschluß aller Kräfte in einer großen christlichen Volkspartei“.

Der Zusammenschluß der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft vollzog sich bereits in den ersten Tagen und Wochen nach dem Zusammenbruch und zwar ohne große organisatorische Maßnahmen. Es galt, die vordringlichen lebenswichtigen Aufgaben zu lösen und in der völlig veränderten Situation Deutschlands einen Ausgangspunkt zur Verwirklichung neuer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Ordnungsvorstellungen zu finden. Dabei war man sich darüber im klaren, daß diese Idee sich nur dann durchsetzen würde, wenn ihr eine einheitliche starke Organisation dazu eine Plattform bietet. Im politischen Bereich war der Ausgangspunkt für die Arbeit schnell gefunden, denn fast gleichzeitig kam es in allen Teilen Deutschlands zur Gründung christlich-demokratischer Parteien, der späteren Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union in Bayern. Zu ihren Wegbereitern gehört in entscheidendem Maße die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft. Denn gerade nach den Erfahrungen in der Weimarer Republik und während des Dritten Reiches war die Bildung einer christlichen und sozialen Volkspartei, in der die Christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft ihre politische Heimat finden konnte, ein unabdingbares Erfordernis. Vor allem, wenn man den Neuaufbau von Staat und Gesellschaft nicht sozialistischen, kommunistischen oder liberalen Kräften überlassen wollte; wenn man in der politischen Gestaltung unter Beweis stellen wollte, daß nur eine Politik aus christlich-demokratischer und christlich-sozialer Verantwortung in der Lage ist, eine sozialwirtschaftlich gerechte Ordnung und damit nach innen und außen eine auf die Dauer stabile Verfassung in Gesellschaft und Staat zu errichten.

Damit stellte sich die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft die Aufgabe, über eine aktive Mitarbeit und Mitverantwortung in der Christlich-Demokratischen Union dafür Sorge zu tragen, daß in diesem politischen Bereich die christlich-soziale Idee zur tragenden Gestaltungskraft wird. Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft sind also auch eine Aktionsgemeinschaft mit dem Ziel, Wegbereiter einer neuen sozialen Ordnung zu sein. Durch diese Zielsetzung und ihre politischen Aufgaben, die sie in der Partei übernommen haben, sind die Sozialausschüsse von einer entscheidenden Bedeutung für die weltanschauliche, programmatiche und politische Substanz der Christlich-Demokratischen Union und für deren Wirksamkeit auf jene breiten Schichten unseres Volkes, die von Wahl zu Wahl mehr zu den treuesten Wählern der CDU gehören.

Die Aufgabenstellung der Sozialausschüsse beschränkt sich jedoch nicht nur auf den politischen Raum. Ihre Satzung sagt daher ausdrücklich: zu den Aufgaben der Mitglieder gehört eine aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften und Genossenschaften. Daher sind die Sozialausschüsse auch nicht ein unmittelbares Glied der CDU. Sie sind vielmehr nach Paragraph 12 des Statutes der CDU Deutschlands eine Vereinigung. Sie umfassen die gesamte christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft und beschränken sich nicht nur auf Mitglieder der CDU, sie sind selbstständig mit eigenem Vorstand, eigener Geschäftsführung und eigenem Presseorgan. Dabei ist es selbstverständlich, daß eine enge Verbindung zur Christlich-Demokratischen Union sichergestellt ist. Die Vorsitzenden der Sozialausschüsse aus Kreis-, Landes- und Bundesebene sind in der Regel geborene Mitglieder der entsprechenden Parteivorstände.

Die Sozialausschüsse betrachten sich insofern als eine Traditionsgemeinschaft, als sie 1945 das Erbe der christlich-sozialen Bewegung mit übernahmen. Sie sind andererseits eine Aktionsgemeinschaft, als sie sich die Aufgabe stellten, dieses Erbe zu verwirklichen und die Arbeitnehmerschaft als einen mitgestaltenden aber auch mitverantwortlichen und deshalb mittragenden Teil unseres Staates einzugliedern. Hierauf ist ihre Schulungs- und Bildungsarbeit ausgerichtet, die besonders die jungen Arbeitnehmer reif und fähig machen will, aus der Substanz christlich-sozialer Ordnungsvorstellungen das gesellschaftliche, politische und betriebliche Leben zu gestalten; hierauf ist nicht zuletzt ihre politische Arbeit in der Partei und in den Parlamenten der Kreise, Städte, Länder und im Bundestag gerichtet.

Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU

Im Bundesgebiet gibt es 24 000 Gemeinden. Grob geschätzt ist also anzunehmen, daß die Zahl der gewählten Vertreter in den kommunalen Parlamenten der Kreise, Städte, Gemeinden und Bezirke 250 000 bis 300 000 beträgt. Der Anteil der Vertreter der CDU/CSU dürfte

bei 40 000 liegen; allein in Nordrhein-Westfalen sind es 17 300. Die Betreuung dieser Gruppe und der Kommunalarbeit liegt in den Händen der „Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU“, abgekürzt KPV.

Die politische Arbeit in den Gemeinden leidet in besonderem Maße unter der Schwierigkeit, daß sie den Bürger zwar unmittelbar anspricht und zur Kritik herausfordert als die Landes- und Bundespolitik, er aber anderseits zögert, sie als politisches Anliegen anzuerkennen. Daß die Außenpolitik ein klares Leitbild braucht, leuchtet jedem ein; daß die Fürsorge für die alten Mitbürger, das Schulumwesen in der Gemeinde oder die Frage, ob kommunale oder freie Wohlfahrtspflege zur Entscheidung ein ebenso festes politisch-weltanschauliches Fundament brauchen, möchten viele nicht wahrhaben. Sie reden vielmehr der Verschwörung der Standpunkte und dem Kompromiß das Wort.

An den Wahlergebnissen läßt sich ablesen, daß die Sozialdemokratie und ihre Wählerschaft von solchen Skrupeln weit weniger geplagt werden. Sie nutzen ihre Chance, während die Anhänger der nicht-sozialistischen Parteien bei den Gemeindewahlen zu Hause blieben oder ihre Stimmen zersplitterten. Vorwiegend aus diesem Grund hat die CDU vielfach in den Gemeinden weit schlechter abgeschnitten als in Land und Bund. Sie sieht sich heute einer Vielzahl „roter Rathäuser“ gegenüber, die von der SPD beherrscht werden.

Schwerpunkt: die Fraktion

Der Erkenntnis, daß die Kommunalpolitik in der CDU/CSU einen starken Widerhall finden muß und daß eine enge Zusammenarbeit, die gegenseitige Abstimmung und eine intensive politische und fachliche Information der Kommunalpoli-

Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU

Vorstand: 1. Vorsitzender: Wilhelm Bitter; 1. Stellvertreter: Klaus Müller, 2. Stellvertreter: Franz Amrehn MdA. Ferner: Frau Dr. Luise Rehling MdB, Hans Horrichs, Walter Jansen MdL, Bundesminister Paul Lücke MdB. Generalsekretär: Dr. Friedrich Wilhelm Willecke MdB.

Dem Vorstand gehören ferner als geborene Mitglieder die Vorsitzenden der Landesvereinigungen der KPV an.

Geschäftsführer: Dr. Fritz Leser
Publizistisches Organ: Kommunalpolitische Blätter

tiker notwendig ist, verdankt die „Kommunalpolitische Vereinigung“ ihre Existenz. Ihre Keimzellen bildeten sich schon früh in den ersten Monaten nach Kriegsende in den kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaften, in denen sich in vielen Orten die Politiker der Union zusammenfanden. Die Gründung der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ schuf den organisatorischen Rahmen. Er entspricht dem der Partei und ist gegliedert in Kreisvereinigungen, Landesvereinigungen und Bundesvereinigung. Organe der Bundes-

Fortsetzung Seite 10

Die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen im Bund und den einzelnen Bundesländern (in v. H.)

L = Landtagswahl; in Bremen und Hamburg Bürgerschaftswahl, in Berlin Wahl zum Abgeordnetenhaus; B = Bundestagswahl

	Wahl	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	BHE	
BUND	B 1949	78,5	31,0	29,2	11,9	—	
	B 1953	86,0	45,2	28,8	9,6	5,9	
	B 1957	87,8	50,2	31,8	7,7	4,6	
SCHLESWIG-HOLSTEIN	L 1947	69,8	34,1	43,8	5,0	—	SSW 9,3
	B 1949	82,7	30,7	29,6	7,4	—	DP 12,1
	L 1950	78,2	19,7	27,5	7,1	23,4	DP 9,6
	B 1953	88,5	47,1	26,5	4,5	11,6	DP 4,0
	L 1954	78,6	32,2	33,2	7,5	14,0	SHB 5,1
	B 1957	88,3	48,1	30,8	5,6	8,3	DP 3,8
HAMBURG	L 1958	78,9	44,4	35,9	5,4	6,9	DP 2,8
	L 1946	79,0	26,7	43,1	18,2	—	
	B 1949	81,9	19,7	39,6	15,8	—	DP 13,1
	L 1949	70,5	34,5 ¹⁾	42,8	— ¹⁾	—	DP 13,3
	B 1953	87,4	36,7	38,1	10,3	2,5	DP 5,9
	L 1953	81,0	50,0 ²⁾	45,2	— ²⁾	—	DP — ²⁾
NIEDERSACHSEN	B 1957	89,2	37,4	45,8	9,4	1,5	DP 4,7
	L 1957	77,5	32,3	53,9	8,6	—	DP 4,1
	L 1947	65,1	19,9	43,4	8,8	—	DP 17,9
	B 1949	77,7	17,6	33,4	7,5	—	DP 17,8
	L 1951	75,8	23,8 ³⁾	33,7	8,4	14,9	DP — ³⁾
	B 1953	88,7	35,2	30,1	6,9	10,8	DP 11,9
BREMEN	L 1955	77,5	26,6	35,2	7,9	11,0	DP 12,4
	B 1957	89,0	39,1	32,8	5,9	7,6	DP 11,4
	L 1959	78,0	30,8	39,5	5,2	8,3	DP 12,4
	L 1947	67,8	22,0	41,7	13,9	—	DP 3,9
	B 1949	81,9	16,9	34,4	12,9	—	DP 18,0
	L 1951	83,3	9,1	39,1	11,8	5,6	DP 14,7
NORDRHEIN-WESTFALEN	B 1953	87,4	24,8	39,0	7,5	3,2	DP 17,0
	L 1955	84,0	18,0	47,8	8,6	2,9	DP 16,6
	B 1957	88,7	30,4	46,2	5,8	2,0	DP 13,8
	L 1959	79,2	14,8	54,9	7,2	1,9	DP 14,5
	L 1947	67,3	37,5	32,0	5,9	—	Zentr. 9,8
	B 1949	79,2	36,9	31,4	8,6	—	Zentr. 8,9
HESSEN	L 1950	72,3	36,9	32,3	12,1	—	Zentr. 7,5
	B 1953	86,0	48,9	31,9	7,5	2,7	Zentr. 2,7
	L 1954	72,6	41,3	34,5	11,5	4,6	Zentr. 4,0
	B 1957	88,0	54,4	33,5	6,3	2,5	Zentr. 0,8
	L 1958	76,6	50,5	39,2	7,1	—	Zentr. 1,1
	L 1946	73,2	30,9	42,7	15,7	—	
RHEINLAND-PFALZ	B 1949	77,3	21,3	32,1	28,1	—	
	L 1950	64,9	18,8	44,4	31,8	—	
	B 1953	86,7	33,2	33,7	19,7	6,4	DP 2,8
	L 1954	82,4	24,1	42,6	20,5	7,7	DP 1,2
	B 1957	89,1	40,9	38,0	8,5	5,6	DP 5,5
	L 1958	82,3	32,0	46,9	9,5	7,4	DP 3,5
BADEN-WÜRTTEMBERG	L 1947	77,9	47,2	34,3	9,8	—	
	B 1949	79,6	49,1	28,6	15,8	—	
	L 1951	74,8	39,2	34,0	16,7	1,9	
	B 1953	86,0	52,1	27,2	12,1	1,5	
	L 1955	76,0	46,8	31,7	12,7	1,8	
	B 1957	88,3	53,7	30,4	9,8	1,5	
BAYERN	L 1959	77,2	48,4	34,9	9,7	1,4	DRP 5,1
	B 1949	70,0	39,6	23,9	17,6	—	Notgem. 9,0
	L 1952	63,7	35,9	28,0	18,0	6,3	
	B 1953	81,8	52,4	23,0	12,7	5,4	
	L 1956	70,4	42,7	28,9	16,6	6,2	
	B 1957	84,3	52,8	25,8	14,4	4,7	
SAARLAND	L 1946	76,0	52,5	28,5	5,7	—	WAV 7,3
	B 1949	81,1	29,2	22,8	8,5	—	BP 20,9
BERLIN	L 1950	80,0	27,4	28,0	7,1	12,3	BP 17,9
	B 1953	85,8	47,8	23,3	6,2	8,2	BP 9,2
	L 1954	82,6	38,0	28,1	7,2	10,2	BP 7,3
	B 1957	87,7	57,2	26,4	4,6	6,8	BP 3,2
	L 1958	76,6	45,6	30,8	5,6	8,6	BP 8,1
	L 1955	90,4	25,4	14,3	24,2	—	CVP 21,8
BERLIN	B 1957	89,3	54,6	25,1	18,2	0,3	
	L 1948	86,3	19,4	64,5	16,1	—	
	L 1950	90,4	24,6	44,7	23,0	2,2	DP 3,7
	L 1954	91,8	30,4	44,6	12,8	2,5	DP 4,9
	L 1958	92,9	37,7	52,6	3,8	—	DP 3,3

¹⁾ Vaterstädtischer Bund = CDU/FDP/Deutsche Konservative Partei; ²⁾ Hamburg-Block = CDU/FDP/DP; ³⁾ Niederdeutsche Union DP/CDU

vereinigung sind die Vertreterversammlung, der Hauptausschuß und der Vorstand.

Die Landesvereinigungen — vorerst nur in Nordrhein-Westfalen — bilden ständige Fachausschüsse, die sich mit einzelnen Sachgebieten befassen z. B. Wohnungs- und Siedlungsfragen, Verfassung, Gemeindefinanzen, Wohlfahrts- und Schulfragen usw. Auf Bundesebene wurde bisher als einziger Ausschuß ein Gremium zur Beratung der kommunalen Finanzreform gebildet.

Die Arbeit der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ ist jedoch in erster Linie auf die CDU-Fraktion in den kommunalen Parlamenten ausgerichtet. Die Fraktion ist die unterste Organisationsstufe der KPV. Die Bildung von Fraktionen wird als Grundvoraussetzung jeder wirkungsvollen kommunalpolitischen Arbeit angesehen.

Ein wesentliches Aufgabengebiet der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ ist die Information im weitesten Sinne. Dies schließt ein den Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Kommunalpolitiker untereinander — etwa um zu vermeiden, daß zur gleichen Frage in dem einen Ort so, in dem andern im entgegengesetzten Sinn entschieden wird —, ferner die Beratung der Fraktionen in fachlichen und politischen Fragen einschließlich der Hinweise auf neue Gesetze oder Finanzfragen, vor allem aber die Bildungsarbeit für die nachwachsende Generation der Mandatsträger. Dies ist um so wichtiger, als gerade die CDU/CSU viele ihrer erfahrensten Politiker an andere politische Gremien, z. B. Landtage oder Bundestag, abgegeben hat. Der Bildungsarbeit kommt daher immer stärkere Bedeutung zu.

Durch eine enge Zusammenarbeit mit der Partei, den Parlamenten auf Landes- und Bundesebene und den kommunalen Spitzenverbänden bemüht sich die KPV, den Anliegen der Gemeinden und der CDU- bzw. CSU-Fraktionen die notwendige Unterstützung zu sichern. Sie führt ebenso wie auf der Kreisebene auf der Landesebene die Kommunalvertreter zum Erfahrungsaustausch zusammen.

Grundlage der praktischen Kommunalpolitik sind die Leitsätze der KPV, die 1950 zum erstenmal erschienen und 1955 in der jetzt gültigen Form beschlossen wurden. Sie enthalten die Grundsätze der Union, übertragen auf die Arbeit in den Gemeinden. Darin heißt es: „Die kommunalpolitische Tätigkeit der CDU und CSU erstrebt eine auf christlicher Grundlage beruhende Kultur, eine Erziehung zur christlichen und demokratischen Staatsauffassung und Gesellschaftsordnung, eine gerechte Wirtschaftsordnung, eine vom christlichen Geist erfüllte Wohlfahrtspflege, eine auf Lösung sozialer Spannungen bedachte Steuer- und Finanzpolitik, einen Ausgleich der berechtigten Einzel- und Gruppeninteressen nach den Erfordernissen des allgemeinen Wohls und die Zusammenarbeit der Gemeinden in Europa.“

Mittelstandsausschüsse

Beim 6. Bundesparteitag der CDU im April 1956 in Stuttgart konstituierte sich der „Bundesarbeitskreis Mittelstand der Christlich Demokratischen Union“.

In einer Entschließung, die dem Bundesparteitag zur Annahme vorgelegt wurde, erkannten die mittelständischen Delegierten ausdrücklich die Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik an, die auch sie im Rahmen ihrer Arbeit respektieren. Der Bundesarbeitskreis Mittelstand, der als Vereinigung der CDU mit einstimmiger Billigung des Bundesparteivorstandes satzungsmäßig verankert wurde, hat sich die Aufgabe gestellt, über die Landes- und Bezirksverbände Angehörige

zu wählen und die Richtlinien für die mittelständpolitische Arbeit zu bestimmen.

Die Hauptprobleme der Mittelstandspolitik werden in den Fachausschüssen des Bundesarbeitskreises, die zum großen Teil auch auf Länderebene bestehen, bearbeitet. Dazu gehören der Wirtschaftspolitische Ausschuß, der Fachausschuß Finanzen und Steuern und der Sozial- und Gesellschaftspolitische Ausschuß. In den letzten Jahren sind auf Veranlassung des Bundesarbeitskreises zunächst auf Landes-, dann auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene Mittelstandsausschüsse gegründet worden.

Maßgebende Sprecher der CDU haben sich zu einer Aktivierung der Mittelstandspolitik bekannt. Auf dem Bundesparteitag in Kiel legte Dr. Frerichs, der Vorsitzende des Fachausschusses Wirtschaftspolitik des Bundesarbeitskreises Mittelstand, ein Zehnpunkte-Programm vor, in dem die Forderungen des Mittelstandes zusammengefaßt waren. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, daß der Mittelstand keine Sonderrechte verlangt oder verlangen wird. Er fordert lediglich gleiche Startbedingungen für den Wettbewerb.

Die Forderungen des Mittelstandes lenzen ab auf eine wettbewerbsneutrale Umsatzsteuer, auf eine Reform der Kommunalsteuern und der Einkommensteuer, um die Eigenkapitalbildung der mittelständischen Wirtschaft zu erleichtern, ohne jedoch durch Sonderbestimmungen neue Privilegien zu schaffen. Neben der Förderung der Eigenkapitalbildung soll die kreditpolitische Förderung des Mittelstandes stehen. Notwendig erscheint nach Auffassung des Bundesarbeitskreises weiterhin eine Reform des Gesellschaftsrechtes; ein Angleichung der Wirtschaftsgesetze an das heutige Wirtschaftsleben ist dringend erforderlich. Ein weiterer Punkt ist die Forderung nach einer weitgehenden Berücksichtigung der überwiegend lohnintensiven Klein- und Mittelbetriebe in der Sozialgesetzgebung.

Mittelstandsausschüsse:

Bundesarbeitskreis Mittelstand

Vorstand: Vorsitzender: Kurt Schmücker MdB, stellvertretende Vorsitzende: Richard Oetzel MdB, Heinz Schmitz, Karl Wieninger MdB. Weitere Vorstandsmitglieder: Alfred Burgemeister MdB, Dr. Göke Frerichs, Joseph Illerhaus MdB, Hansgeorg Klauss, Josef Porten, Bundesminister Richard Stücklen MdB.

Geschäftsführer: Klaus Oertel.

Publizistisches Organ: Der Mittelstand in Wirtschaft und Politik.

und Freunde des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe auf Kreis-, Landes- und Ortsebene zu sammeln, mit Aufklärungsmaterial zu versorgen und durch eine intensive Zusammenarbeit mit den Problemen der Bundes- und Länderpolitik vertraut zu machen.

Der Bundesarbeitskreis Mittelstand sieht den Zusammenschluß seiner Mitglieder auf Orts-, Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene vor. Auch Nicht-CDU-Mitglieder können ihm beitreten. Seine Organe sind die Delegiertenversammlung und der Vorstand. Die Delegiertenversammlung hat die Aufgabe, den Vorstand

Die Mehrheit im Bundestag

Die Arbeit der Fraktion: Vom Leitbild zum Gesetz

Die Aufgaben und die Arbeit der Bundestagsfraktion unterscheiden sich grundlegend von denen der Partei. Für den unbefangenen oder unpolitischen Betrachter scheinen die Grenzen zwischen beiden zu verschwinden; in der Öffentlichkeit registriert man vielfach nicht, ob es sich um eine Maßnahme oder eine Stellungnahme der Partei oder der Bundestagsfraktion handelt. Dennoch sind Partei und Fraktion nicht dasselbe. Aber es bestehen zwischen ihnen natürlich sehr enge, unlösbare Beziehungen. Das ergibt sich schon daraus, daß beide die gleiche politische Zielsetzung haben.

Partei und Fraktion sind zur Verwirklichung christlich-demokratischer Politik tätig. Die Fraktion ist nicht denkbar ohne die Partei.

Der Bundesparteitag der CDU und die Landesversammlung der CDU legen die Grundlagen der Politik fest. Die Bundestagsfraktion verwirklicht diese Beschlüsse. Über die gleiche politische Zielsetzung hinaus bestehen zwischen Partei und Fraktion auch zahlreiche personelle Verbindungen. Viele Abgeordnete bekleiden Parteiämter. Vor allem in der Fraktionspitze kommt diese Verbindung beson-

ders zum Ausdruck: Der Fraktionsvorsitzende ist auch stellvertretender Parteivorsitzender. Im Bundesparteiausschuß der CDU hat die Fraktion Sitz und Stimme.

Andererseits ist die Fraktion aber von der Partei unabhängig. Das ergibt sich schon aus der durch das Grundgesetz festgelegten Unabhängigkeit der Abgeordneten. In Artikel 38 des Grundgesetzes ist der Grundsatz des freien Mandates ausgesprochen:

„Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisu-

gen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Daraus ergibt sich, daß die Abgeordneten rechtlich auch frei sind, ob sie sich einer Fraktion anschließen oder nicht. Gleichwohl ist es aber die Regel, daß die Abgeordneten einer Partei sich zu einer Parlamentsfraktion zusammenschließen. So bilden auch die Abgeordneten der CDU und CSU seit dem ersten Zusammentritt des Bundestages die CDU/CSU-Fraktion. Dieser Zusammenschluß zur Fraktion geschieht automatisch. Mit der Annahme der Wahl werden die CDU- und CSU-Abgeordneten Mitglied der Bundestagsfraktion.

Vorbereitung der Gesetze

Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung des parlamentarischen Systems hat sich das Gewicht der Fraktionen erheb-

Vorstand der Bundestagsfraktion

Vorsitzender: Dr. Krone

Stellvertretende Vorsitzende: die Abg. Arndgen, Cillien, Höcherl, Frau Dr. Schwarzhaupt, Struve

Vorstandsmitglieder: die Abg. Bauknecht, Frau Dr. Bleyler, Burge-meister, Brand, Dr. Dollinger, Engelbrecht-Greve, Joh. Even, Gehring, Gottesleben, Hahn, Hoogen, Horn, Kroll, Lücker, Majonica, Dr. Baron Manteuffel-Szoege, Müller-Hermann, Niederalt, Dr. Pferdmen-ges, Frau Dr. Rehling, Scharnberg, Scheppmann, Schlick, Dr. Schmidt, Schmücker, Schütz, Stingl, Storch, Dr. Vogel, Wacher, Frau Dr. Weber, Dr. Weber (Koblenz)

Fraktionsgeschäftsführer: die Abg. Rasner, Rösing

lich verstärkt. Waren sie früher klubähnliche Zusammenschlüsse ohne eigene Rechte, so sind sie heute offizielle Einrichtungen des Parlaments, und die parlamentarische Arbeit ist ohne sie nicht mehr denkbar. Alle wichtigen Fragen, die im Bundestag zur Regelung oder Debatte anstehen, werden in den Fraktionen vorberaten. So ist es auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Gesetzgebungs-vorhaben werden in den Arbeitskreissitzungen eingehend besprochen. In der Fraktionsitzung wird dann eine gemeinsame Stellungnahme der Fraktion erarbeitet.

Da die Fraktions- und Arbeitskreissitzungen nicht öffentlich sind, die Öffentlichkeit aber andererseits ein starkes Interesse daran hat, die Haltung der Fraktion zu bestimmten Fragen zu erfahren, wird in Pressekonferenzen und Presseverlautbarungen regelmäßig über den Stand der Fraktionsberatungen berichtet. Zum Büro der Fraktion gehört ein eigenes Pressereferat, das die Aufgabe hat, Kontakt zur Presse zu halten und die Öffentlichkeit über die Arbeit der Fraktion zu informieren.

Die Organe der Fraktion

Es versteht sich von selbst, daß eine Fraktion, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann, gegliedert sein und eine Führung haben muß. So hat die CDU/CSU-Fraktion drei Organe: Die Fraktionsvollversammlung, die Arbeitskreise und den Fraktionsvorstand.

Die Fraktionsvollversammlung ist das beschlußfassende Gremium der Fraktion.

Sie hat — wie in der Partei die Mitgliederversammlungen oder der Bundesparteitag — die Aufgabe, die Grundlinien der Politik der Fraktion zu bestimmen. Sie wählt auch den Vorstand und entscheidet letztlich in allen wichtigen Fragen. Insbesondere berät sie die Stellungnahme der Fraktion zu den Gesetzen, Anfragen und zur sonstigen Arbeit des Bundestages.

Die Fraktionsvollversammlung tritt in jeder Tagungswoche mindestens einmal zusammen, im übrigen zur Beratung aller politischen Vorgänge vor der Beschußfassung im Bundestag. In der Sitzung berichten die von den Arbeitskreisen benannten Referenten über die anstehenden Probleme.

Faktion ohne Fraktionszwang

Nach einer Diskussion wird die Meinung der Fraktion festgestellt. Es ist das Bestreben der Fraktionsführung, möglichst eine einmütige Meinung der Fraktion zu erreichen, damit sie im Plenum bei der Abstimmung geschlossen auftritt. Eine solche Einmütigkeit läßt sich vielfach — wie überhaupt in der Politik nur im Wege eines Kompromisses erreichen.

Gelegentlich entscheidet auch ein Mehrheitsbeschuß über die Haltung der

Fraktion zu einem bestimmten Problem. Die CDU/CSU-Fraktion kennt aber selbstverständlich keinen Fraktionszwang. Abgesehen davon, daß er verfassungsrechtlich auch nicht möglich wäre, vertritt gerade die CDU/CSU mit aller Entscheidendheit die Meinungs- und Entscheidungsfreiheit des einzelnen. Trotzdem wird in den meisten Fällen vor einer Abstimmung die Einmütigkeit der Fraktion erzielt. Das ergibt sich vor allem aus der gemeinsamen Grundüberzeugung aller Fraktionsmitglieder und aus der Verantwortung, die die Fraktion auf Grund ihrer absoluten Mehrheit trägt.

Ein Abgeordneter, der Bedenken hat, sich einem Mehrheitsbeschuß der Fraktion anzuschließen, muß das rechtzeitig der Fraktion und dem Vorsitzenden mitteilen. Auch das ist selbstverständlich; denn schließlich müssen die Fraktion und der Vorsitzende die Haltung der Fraktion bei der Abstimmung im Plenum kennen.

Neben der Entscheidung über die Gesetzgebungsvorhaben beschließt die Fraktion auch über die Besetzung der Bundestagsausschüsse und schlägt die Ausschußvorsitzenden vor, die nach interfraktionellen Vereinbarungen auf sie entfallen.

Arbeitskreise und Ausschüsse

Der Fraktionsvorstand muß die Arbeit der Gesamtfraktion vorbereiten und die politische Entwicklung beobachten. Auch er tagt in jeder Tagungswoche mindestens einmal, im allgemeinen am Montag.

Um die Arbeit der Fraktion auf den verschiedenen Gebieten sinnvoll zu gestalten, wurden für die Arbeitsbereiche einer Reihe von Bundestagsausschüssen Arbeitskreise eingesetzt. Diese Arbeitskreise beraten die Vorlagen, die ihnen der Vorstand überwiesen hat, unter fachlichen und allgemeinpolitischen Gesichtspunkten. Sie bereiten in ihren Sitzungen die Entscheidungen der Fraktion vor. In der Fraktionssitzung wird dann über das Ergebnis der Beratungen Bericht erstattet. Die Arbeitskreise sind also — wie die Bundestagsausschüsse — sogenannte vorbereitende Beschußorgane. Die letzte Entscheidung hat immer die Gesamtfraktion.

Bei der CDU/CSU-Fraktion bestehen fünf Arbeitskreise. Jeder Arbeitskreis hat einen Vorsitzenden, der zum Fraktionsvorstand gehört; einen Vorstand und ein Sekretariat mit einem Assistenten.

Unterausschüsse und Kommissionen

Zur Erledigung besonderer Aufgaben werden von Fall zu Fall Unterausschüsse oder Fraktionskommissionen gebildet. Hierbei handelt es sich im Gegensatz zu den Arbeitskreisen nicht um ständige Einrichtungen. Nach Erledigung ihres Auftrages werden sie wieder aufgelöst. So arbeitete bis vor kurzem die sogenannte „Kindergeldkommission“, um die Probleme des Kindergeldes zu erörtern und der Fraktion darüber einen Bericht zu erstatten. Zur Zeit arbeitet noch der Unterausschuß „Eigentum“. In diesem Unterausschuß beschäftigen sich die Abgeordneten mit den eigentumspolitischen Maß-

Arbeitskreise der Bundestagsfraktion

Arbeitskreis I: Allgemeines und Rechtsfragen

Vorsitzender: Dr. Weber (Koblenz)
Assistent: Fr. X. Butterhof

Arbeitskreis II: Wirtschaft und Ernährung

Vorsitzender: Brand
Assistent: Dipl.-Volksw. Sziwek

Arbeitskreis III: Haushalt, Steuern und Finanzen

Vorsitzender: Dr. Dollinger
Assistent: Dipl.-Volksw. L. Renkl

Arbeitskreis IV: Arbeit und Soziales

Vorsitzender: Horn
Assistent: Kühn

Arbeitskreis V: Auswärtige, Ge-samtdeutsche und Verteidigungs-Fragen

Vorsitzender: Majonica
Assistent: —

schüssen handelt es sich nicht um offizielle Fraktionseinrichtungen, sondern um freiwillige Zusammenschlüsse unter bestimmten Gesichtspunkten. So ist es auch mit den gelegentlich zusammentretenden Landsmannschaften.

Eine Sonderstellung nimmt die CSU-Landesgruppe ein. Sie ist der Zusammenschluß aller CSU-Abgeordneter. Die Son-

derstellung erklärt sich aus der Selbständigkeit der CSU als Partei.

Die Bundestagsfraktion hat über die eigentliche Parlamentsarbeit hinaus aber noch einige andere Aufgaben. Eine Reihe von Abgeordneten ist auf internationaler Ebene tätig. So in der Beratenden Versammlung des Europarates, der Versammlung der Westeuropäischen Union, und im Europaparlament, das zuständig ist für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Europäische Atomgemeinschaft und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion).

Die zahlenmäßige Entwicklung der CDU/CSU-Fraktion zeigt folgendes Bild: im 1. Bundestag (1949–1953) hatte die Fraktion 145 Mitglieder, im 2. Bundestag

(1953–1957) 250 Mitglieder, im 3. Bundestag (seit 1957) 279 Mitglieder.

Unter den 279 Abgeordneten sind 22 Frauen. Bei der Altersgliederung der Bundestagsfraktion bietet sich folgendes Bild: unter 40 Jahren 25 Abgeordnete, von 40 bis 50 Jahren 61 Abgeordnete, von 50 bis 60 Jahren 112 Abgeordnete und über 60 Jahre 81 Abgeordnete.

Ein Blick auf die soziologische Zusammensetzung der Fraktion zeigt, daß sie — wie die CDU und CSU als Parteien — dem Charakter als Volkspartei gemäß einen guten Querschnitt durch alle Berufe und Schichtungen bietet. 169 Abgeordnete sind katholischer, 111 evangelischer Konfession.

Hälften der Wähler des nördlichsten Bundeslandes der CDU ihr Vertrauen. In gleichem Maße sind auch die Mitgliederzahlen, vor allem in den letzten Monaten, in Schleswig-Holstein angestiegen.

Rheinland-Pfalz und Saar

Ununterbrochen regierte die CDU seit der Gründung des Landes in Rheinland-Pfalz seit über einem Jahrzehnt unter Ministerpräsident Peter Altmeier. Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit den ausgeglichsten Stimmenanteilen der CDU. Stetigkeit und Stabilität kennzeichnen die politische Situation der CDU in diesem Bundesland, in dem rein katholische Siedlungsgebiete wie z.B. der Regierungsbezirk Trier und überwiegend evangelische Wohngebiete wie die Pfalz vereinigt sind. Ausgedehnte Weinbaugebiete an der Mosel sind hier ebenso anzutreffen wie die Industriezentren in Kaiserslautern und Pirmasens.

Das Saarland trägt manche verwandte Züge mit Rheinland-Pfalz. Hier weist die CDU nach der Verschmelzung der christlichen Parteien starke Mitgliederzahlen auf.

An Rhein und Ruhr

Von besonderer Bedeutung für die Union ist ihr erfolgreiches Wirken in den Landesverbänden Rheinland und Westfalen. Rund zwei Fünftel der Mitglieder der CDU wohnen in Nordrhein-Westfalen. Fast ein Jahrzehnt hat Karl Arnold an der Spitze der Landesregierung den Wiederaufbau des Landes geleitet. Wie sehr die Leistung der CDU anerkannt wird, zeigte sich nach dem kurzen Intermezzo der sozialistisch-liberalen „Koalition“ von 1956 bis 1958 bei der letzten Landtagswahl. Jeder zweite Wähler entschied sich für die Union, die jetzt im Landtag über eine klare absolute Mehrheit verfügt.

Der Bergmann und der Stahlarbeiter an der Ruhr vertraut ebenso auf die CDU wie der Landwirt in Westfalen. Bei der Bevölkerung des überwiegend katholischen Aachener Gebietes und die des evangelischen Ostwestfalen kann die CDU auf ein erfolgreiches Wirken zurückblicken. Die Bedeutung des Erfolges in Nordrhein-Westfalen liegt nicht zuletzt darin, daß knapp ein Drittel der Bevölkerung des Bundesgebietes hier ansässig ist.

In mehrere Landesverbände unterteilt sind die großen Bundesländer Niedersachsen (3: Hannover, Oldenburg, Braunschweig), Nordrhein-Westfalen (2: Rheinland und Westfalen) und Baden-Württemberg (4: Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern). Die Entwicklung der Union in den einzelnen Landesverbänden verdeutlicht, daß die erfolgreiche Verwirklichung des Unionsgedankens auch in den Ländern klar sichtbar wird.

In den Bundesländern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern und Baden-Württemberg steht an der Spitze der gegenwärtigen Landesregierung ein Repräsentant der CDU. Fast drei Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik wohnen in diesen Ländern. Diese starke Stellung der Union auch in der Landespolitik ist das Ergebnis einer seit Jahren stetigen Aufwärtsentwicklung der Partei in den Ländern.

In den Landtagen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen verfügt sie über eine klare absolute Mehrheit. In Bayern, Schleswig-Holstein und der Saar erreichen ihre Mandatszahlen fast die absolute Mehrheit. Während noch bis zum Jahre 1957 die Sozialdemokraten sich der Hoffnung hingeben konnten, in den Länderegierungen eine beherrschende Mehrheit zu erreichen — was über den Bundesrat auch nicht ohne Wirkungen auf die Bundespolitik geblieben wäre —, haben vor allem die Landtagswahlen seit 1957 der CDU auch in den Ländern einen deutlichen Vorsprung vor der SPD gebracht. Bei den Landtagswahlen im Zeitraum der ersten Legislaturperiode des Bundestages entschieden sich im Bundesdurchschnitt 27,7 v. H. der Wähler für die CDU/CSU, bei den Landtagswahlen von 1953 bis 1957 stieg ihr Stimmenanteil auf 35,5 v. H. und erreichte nach 1957 sogar einen Durchschnittswert von 42,5 v. H.

Für diejenigen, die auf eine konfessionelle Spaltung der Union hofften, muß

besonders die Entwicklung in Schleswig-Holstein eine arge Enttäuschung gewesen sein. In diesem fast rein evangelischen Bundesland stellt die CDU seit 1950 ununterbrochen den Regierungschef. Der besonders hohe Anteil an Vertriebenen unter der Bevölkerung stellt die Landesregierung vor besonders schwierige soziale Probleme. Auch die Sozialstruktur dieses Bundeslandes ist sehr unterschiedlich. Während vor allem der Landesteil Schleswig rein agrarisch bestimmt ist, überwiegt im südlichen Holstein — vor allem im Ausstrahlungsgebiet von Hamburg — der industrielle Charakter.

Obwohl also die Struktur des Landes viele Spannungskeime in sich trug, wuchs der Erfolg der CDU von Wahl zu Wahl. Während bei den Landtagswahlen 1950 ihr Stimmenanteil nur 20 v. H. betrug, steigerte sie ihn 1954 auf 32,0 v. H. und konnte 1958 sogar 47 v. H. der Wähler für sich gewinnen. Bei den beiden letzten Bundestagswahlen schenkte knapp die

In Opposition und in Koalitionen

In den Parlamenten von Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Bremen bildet die CDU gegenwärtig die Opposition. Indessen zeigen, die Wahlergebnisse auch in diesen Bundesländern eine ständige Aufwärtsentwicklung der Union. Erstmalig bei der Bundestagswahl 1957 gelang es ihr in Hessen, das die Sozialdemokraten als ihr „rotes Musterländle“ bezeichnen, stärkste Partei zu werden. In Niedersachsen konnte sie 1953 und 1957 die Sozialdemokraten überflügeln.

Die besondere Situation Berlins führt dazu, daß CDU und SPD gemeinsam die Berliner Landesregierung (Senat) tragen. Die CDU konnte sich zunehmend als die einzige bedeutsame politische Kraft neben den Sozialdemokraten behaupten. Während 1950 CDU und FDP im Abgeordnetenhaus nahezu gleich stark vertreten

waren, entschieden sich bei der letzten Landtagswahl im Dezember 1958 knapp zwei Fünftel der Berliner für die CDU, während die FDP dagegen der 5%-Sperrklausel zum Opfer fiel.

Große Koalition in Stuttgart

Baden-Württemberg, das zur Zeit von einer Regierung aller Parteien geführt wird, wählt im Mai 1960 seinen neuen Landtag. Die CDU ist gegenwärtig die weitauß stärkste Fraktion im Landtag; sie stellt mit Ministerpräsident Kiesinger den Regierungschef. Das Land ist unterschiedlich geprägt. Den rein katholischen Siedlungsgebieten des südlichen Württemberg-Hohenzollerns steht der überwiegend evangelische Regierungsbezirk Nordwürttemberg gegenüber, den Industriezentren von Stuttgart, Karlsruhe

und Mannheim die Landwirtschaftsgebiete der schwäbischen Alb.

Am erfolgreichsten war die CDU bei den letzten Bundestagswahl im Land Nordrhein-Westfalen mit einem Stimmenanteil von 54,4 v. H., ihre geringste Resonanz fand sie in Bremen mit 30,0 v. H. Ihren stärksten Stimmenanteil bei den letzten Landtagswahlen erreichte sie ebenfalls in Nordrhein-Westfalen mit 50,5 v. H., ihren weitaus niedrigsten dagegen bei der Bürgerschaftswahl 1959 in Bremen mit 14,8 v. H.

Besondere Vertretungen

Vertriebene und Flüchtlinge in der CDU/CSU

Die Organisation der Vertriebenen und Flüchtlinge innerhalb der Partei begann bereits in den einzelnen Ländern mit der Gründung der CDU. Sie entwickelte sich in Orts- und Kreisebene zur Landesebene: In Orts-, Kreis- und Landesvertriebenen- und Flüchtlingsausschüssen, deren Mitglieder jeweils gewählt werden.

Auf dem CDU-Parteitag in Goslar 1950 wurde auf Bundesebene der Landesverband Oder/Neiße gegründet. Im Frühjahr 1954 gab er sich seine, von der Bundespartei anerkannten Satzungen, die auf der Delegierten-Tagung des Landesverbandes beim Kieler Parteitag 1958 erweitert und der inzwischen eingetretenen Entwicklung der Jahre angepaßt wurden. Die Organe des Landesverbandes entsprechen denen der Partei. Der Landesverband arbeitet auf Bundesebene, als Unterbau gelten die einzelnen Landesvertriebenenausschüsse, bzw. die gleichwertigen Verbände der „Union der Vertriebenen UdV“ in Baden-Württemberg und der „Union der Heimatvertriebenen UdH“ in Bayern, denn der Landesverband Oder/Neiße umfaßt die parteipolitischen Vertriebenen-Organisationen der CDU und CSU auf den einzelnen Landesebenen der Bundesrepublik.

In der Satzung sind die Ziele und die Aufgaben und der Sitz des Landesverbandes niedergelegt. Es heißt dort:

1. Der Landesverband Oder/Neiße ist die Zusammenfassung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge innerhalb der CDU/CSU mit dem Ziele der Lösung des deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems a) in christlicher Verantwortung, daher ohne Haß, b) auf der Grundlage des Rechts, daher ohne Gewalt, c) im Geiste der Völkerverständigung und der Einheit Europas.

2. Dem Landesverband Oder/Neiße obliegt auf der Bundesebene die Vertretung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge.

3. Der Landesverband Oder/Neiße setzt sich aus den Organisationen der UdV bzw. den Landesvertriebenenausschüssen, die innerhalb der einzelnen CDU-Landesverbände bestehen, oder — wo sie nicht bestehen — aus dem Landesbeauftragten des Landesverbandes Oder/Neiße zusammen. Er wird auf der Bundesebene durch den Vorstand vertreten.

Parallel mit der Arbeit des selbständigen Landesverbandes Oder/Neiße, der sich vor allem politischen Aufgaben wid-

LANDESVERBÄNDE DER CDU

NORD-BADEN

Vorsitzender: Dr. Franz Gurk MdL. — Geschäftsführer: Otto Dullenkopf MDL

SÜD-BADEN

Vorsitzender: Regierungspräsident Anton Dichtel. — Geschäftsführer: Martin Schiestl

BERLIN

Vorsitzender: Bundesminister Ernst Lemmer MdB. — Geschäftsführer: Fritz Klauck MdA

*BRAUNSCHWEIG

Vorsitzender: Dr. Otto Fricke MdL, Staatsminister a. D. — Geschäftsführer: Carl Schultheiss

BREMEN

Vorsitzender: Dr. J. E. Noltenius MdBü. — Geschäftsführer: Gustav Vogt

HAMBURG

Vorsitzender: Erik Blumenfeld. — Geschäftsführer: Heinrich Zettel MdBü

*HANNOVER

Vorsitzender: Adolf Cillien MdB. — Geschäftsführer: Arnold Fratzscher MdL

HESSEN

Vorsitzender: Dr. Wilhelm Fay MdL. — Geschäftsführer: Willi Wolfermann

*OLDENBURG

Vorsitzender: August Wegmann, Landesminister a.D. — Geschäftsführer: Gustav Brickwede

RHEINLAND

Vorsitzender: Landtagspräsident Wilhelm Johnen MdL. — Geschäftsführer: Dr. Hans Schreiber

RHEINLAND-PFALZ

Vorsitzender: Ministerpräsident Dr. h. c. Peter Altmeier MdL. — Geschäftsführer: Heinz Korbach MdL

SAAR

Vorsitzender: Ministerpräsident Dr. Franz-Josef Röder MdL. — Geschäftsführer: Helmut André

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vorsitzender: Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel MdL. — Geschäftsführer: Hans Ulrich Pusch MdL

WESTFALEN

Vorsitzender: Minister Josef Duhues MdL. — Geschäftsführer: Otto Laipold

WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN

Vorsitzender: Eduard Adorno. — Geschäftsführer: Willy Haas

NORD-WÜRTTEMBERG

Vorsitzender: Klaus H. Scheufelen. — Geschäftsführer: Dr. Albert Höhnle

ODER-NEISSE

Vorsitzender: Bundesminister Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer MdB. — Geschäftsführer: Alfred Gumprecht

EXIL-CDU

Vorsitzender: Bundesminister a. D. Jakob Kaiser — Geschäftsführer der Vorstand: Dr. Johann B. Gradl MdB

Die mit * bezeichneten Landesverbände bilden die CDU IN NIEDERSACHSEN (Präsident: Adolf Cillien MdB; Generalsekretär: Arnold Fratzscher MdL; Geschäftsführer: Carl von Münster)

met, arbeitet auf Bundesebene bisher weiterhin der Bundesvertriebenenausschuß, dessen Mitglieder Delegierte der Landesvertriebenenausschüsse sind. Das Arbeitsgebiet des bisherigen Bundesvertriebenenausschusses liegt auf dem sozialen Sektor. Er hat die Aufgabe, auf Grund von Fachkenntnissen der einzelnen Mitglieder der Bundespartei, Vorschläge in Sozialfragen zu unterbreiten. Sein Vorsitzender ist Reichsminister a. D. Dr. von Keudell. Der Bundesvertriebenenausschuß hat keine Vertretung im Bundesvorstand, keine im Bundesausschuß, kann selbständige Beschlüsse nicht fassen, sondern lediglich Entschließungen empfehlen.

In enger Fühlungnahme mit Landesverband und Bundesvertriebenenausschuß steht die Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU, die alle Gesetzes-Vorlagen auf ihrem Sektor vorbereitet.

Exil-CDU

Die Exil-CDU gilt als ein Landesverband innerhalb der Bundespartei. Sie ist keine eigentliche Parteiorganisation insoweit, als sie keine eigenen Mitglieder und demzufolge auch kein eigenes Bei-

tragsaufkommen aufweisen kann. Sie ist vielmehr eine symbolische Vertretung der CDU in der sowjetisch besetzten Zone. Die in der Exil-CDU tätigen CDU-Mitglieder müssen daher ordentliche Mitglieder eines regionalen Landesverbandes in der Bundesrepublik sein.

Hauptvorstand und Landesvorstände der Exil-CDU (der fünf ehemaligen Länder Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen,

Exil-CDU

I. Vorsitzender: Bundesminister a. D. Jakob Kaiser; Stellvertreter: Bundesminister Ernst Lemmer; Geschäftsführender Vorsitzender: Dr. J. B. Gradl MdB. Ferner: Dr. Heinrich Krone MdB, Georg Schneider MdB, Prof. Dr. Friedensburg MdB. Publikationsorgan: Stimme im Exil

Sachsen-Anhalt, Thüringen) setzen sich zusammen aus den beim letzten legalen Parteitages in der sowjetischen Besatzungszone 1947 gewählten Vorstandsmitgliedern. Delegierte zum Bundesparteitag sind ebenfalls die 1947 legal gewählten.

Im Geist der Union

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU

Im März 1952 trat auf den Ruf von Hermann Ehlers hin die erste Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Siegen zusammen. Der verstorbene Bundestagspräsident kennzeichnete dabei die Aufgaben und Ziele des Arbeitskreises im Rahmen der Unionsparteien.

Menschen aus allen Teilen Deutschlands, so sagte Dr. Ehlers, sollten zusammengeführt werden, die als evangelische Christen in dieser besonderen Verantwortung in der CDU/CSU stehen, um zu versuchen, mit ihnen die wesentlichen Gemeinschaftsfragen zu erörtern, sie in ihrer Verantwortung gegenüber Volk und Staat zu stärken und Grundprobleme unseres politischen Handelns zu klären.

Ausdrücklich stellte Dr. Ehlers fest, daß nicht daran gedacht sei, ein neues politisches Gebilde erwachsen zu lassen, sondern daß die Tagung dazu dienen solle, den Unionsgedanken in der CDU/CSU, die seit sieben Jahren zur politischen Heimat von Christen beider Konfessionen wurde und sie in gemeinsamem politischem Handeln verbunden habe, zu festigen.

Der Zusammenschluß der evangelischen Politiker der Union im Evangelischen Arbeitskreis hatte seinen äußeren Anlaß in der Tatsache, daß durch den Verteidigungsbeitrag in der Politik Probleme aufgetaucht waren, die in tiefere Schichten der Gewissensforschung hineinreichten und einer Klärung auf der Grundlage christlicher Verantwortung bedurften. So will der Arbeitskreis den Glaubensbrüdern innerhalb und außerhalb der Partei

schäftsstelle geschaffen. Die Evangelischen Arbeitskreise sind aber keine besondere Organisation mit eigenen Satzungen, sondern dienen in jährlichen Bundestagungen und zahlreichen Sondertagungen in den Ländern der Klärung von Grundsatzfragen und dem Gespräch der evangelischen Christen untereinander. Unter der Leitung von Hermann Ehlers fanden weitere Jahrestagungen statt: in Hannover (1953), Wuppertal (1954). Die Jahrestagung 1955 stand in Worms unter der Leitung von Bundesminister Robert Tillmanns.

Die weiteren Tagungen in Berlin (1956), Kassel (1957), Essen (1958) wurden vom Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder geleitet, der nach Bundesminister Tillmanns zum Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises gewählt wurde.

Die Arbeitstagungen haben sich mit den Grundfragen der politischen Arbeit beschäftigt, u. a. mit der Stellung des evangelischen Christen zur Landesverteidigung, mit der Verantwortung in einem geteilten Deutschland, mit dem Verhältnis von politischen Parteien und Kirche, mit Erziehungs- und Kulturfragen, mit Familienrechtsproblemen, mit der Stellung des Christen zum Vaterland, mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Führende Persönlichkeiten aus Politik und Kirche stellten sich für die Referate zur Verfügung. Die Ergebnisse der Aussprachen wurden in Entschließungen zusammengefaßt, die sich weitgehend in der Haltung und in der politischen Einzelarbeit der evangelischen Christen auswirken.

Arbeit an den Hochschulen

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten kennzeichnet sich als selbstständiger politischer Studentenverband — in der organisatorischen Form wie in der politischen Meinungs- und Willensbildung.

Diese Selbstständigkeit rechtfertigt jedoch keineswegs eine sachliche Unabhängigkeit: allein schon der Name deutet die grundsätzliche Bindung zur CDU/CSU an unter Bejahung der gemeinsamen Grundkonzeption einer Politik aus christlicher Verantwortung.

Als Studentenverband sind dem RCDS stets zuerst hochschulpolitische Aufgaben zugewiesen. Hierbei geht es um die Verwirklichung bestimmter Ziele im Hochschulraum, um die Entfaltung einer verstärkten christlich-demokratischen Initiative an den Universitäten, Hochschulen und Akademien.

Das Bemühen der RCDS ist auf die staatsbürgerliche Bildungsarbeit gerichtet. Unter sachlicher Anregung der Studentenschaft zu bestimmter politischer Entscheidung soll nicht nur das politische Ressentiment schlechthin durchbrochen, sondern weitergehend sollen die Mitglieder des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten zu echtem politischem, der CDU/CSU dienendem Engagement herangeführt werden. Neben der so verstandenen klar umrissenen politischen Meinungsbildung setzt sich der RCDS für die Mitarbeit an den praktischen Aufgaben der Studentenschaft in der studentischen Selbstverwaltung ein.

Insgesamt bemüht sich die Bedeutung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten danach, welche Rolle er im Kreise der studentischen Verbände zu spielen in der Lage ist. Wenn auch 42 souveräne RCDS-Hochschulgruppen, 7 Landesverbände, der Bundesvorstand mit seinen Referenten und kooptierten Mitgliedern und die über Verbandesebene hinausragende Zeitschrift für christlich-demokratische Politik, CIVIS, ein beachtliches Faktum darstellen, so ist die allgemein zu beobachtende geringe Mitgliederzahl der politischen Studentenverbände zweifellos

auch ein Handicap für den RCDS. Der Ausgleich bietet sich aber insofern an, als der RCDS bei der CDU/CSU für seinen eigenen Tätigkeitsbereich den nötigen Rückhalt findet oder finden kann.

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten erhielt seinen Namen als Gesamtverband bereits im Jahre 1947 in Marburg/Lahn. Die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen ließ in jenen Tagen eine Gründung noch nicht zu; diese konnte erst 1951 in Bonn erfolgen.

In den Jahren der Diskussion um den deutschen Verteidigungsbeitrag führten die positiven Antworten des RCDS auf die Fragen einer deutschen Wiederbewaffnung zu Kontroversen mit den kurriernden politischen Studentenverbänden, namentlich mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Nach der 6. ord. Delegiertenversammlung in Essen 1956 entwickelte der RCDS seine Leitsätze zur Hochschulreform und Studienförderung.

Die gegenwärtige Situation ist durch die im Mittelpunkt der Verbandsdiskussion stehenden Problemkreise der Kultur

Ring christlich-demokratischer Studenten

Vorstand: Vorsitzender Dieter Ibelski, Stellvertreter: Dietrich Nemitz, Bernd Jakobi.
Geschäftsführer: Walter Zwicky.
Publizistisches Organ: CIVIS

politik charakterisiert. Mit Besorgnis verfolgt der Ring Christlich-Demokratischer Studenten die Entwicklung und wird sich daher nicht scheuen, in der Folgezeit insbesondere an die CDU/CSU in Bund und Ländern mit seinen vom Hochschulbereich ausgehenden Erfahrungen und Konzeptionen ständig heranzutreten.

Evangelischer Arbeitskreis

Vorstand: Vorsitzender: Bundesminister Dr. Gerhard Schröder; Stellvertreter: Ernst Bach MdL, Staatssekretär Dr. Walter Strauss. Ferner: Paul Bausch MdB, Dr. Konrad Kraske, Bundesgeschäftsführer der CDU, Pfarrer Alfons Kreußen MdL, Minister Edo Osterloh, Prof. Dr. Martin Redecker MdL, Staatsminister a. D. Otto Schmidt MdB, Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt MdB.

Geschäftsführer: Hans Strümpfel

Publikationsorgan: Evangelische Verantwortung — Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

im Blick auf die politischen Dinge eine Hilfe gewähren. Es geht darum, den evangelischen Christen, der nicht in der langen politischen Tradition der katholischen Seite aufgewachsen ist, zu einer von Illusionen und Ressentiments freien, nüchternen Betrachtung der politischen Fragestellungen zu führen. Richtunggebend bleibt dabei die Betonung der Pflicht auch des evangelischen Christen, sich der Anteilnahme an der Gestaltung des öffentlichen Lebens nicht zu versagen, da der Christ keinen Bereich seines Lebens aus seinem Christsein ausscheiden darf.

Die von der Siegener Tagung ausgehenden Impulse führten zur Gründung von Arbeitskreisen in den einzelnen Landesverbänden und später auch vielfach auf Kreis- und Ortsebene. Die Mitarbeit ist ehrenamtlich. In Bonn wurde eine Ge-

Eng verbunden mit der CDU

Die Christlich-Soziale Union in Bayern

Im Freistaat Bayern, der allein neben den deutschen Hansestädten an einer nicht wesentlich gebrochene Tradition anschließt, gibt es keine CDU. Wohl aber gibt es dort eine Union, und zwar eine starke.

Es ist dies die „Christlich-Soziale Union in Bayern“, welche sich — nur als Kuriosum sei es vermerkt — nach der Bundestagswahl 1957 als die erfolgreichste Partei der Bundesrepublik bezeichnen durfte, gewann sie doch in Bayern 57,2 v. H. aller abgegebenen Stimmen und sämtliche 47 Direktmandate im Land. Argwöhnische Kritiker bayerischer „Extra-würste“ können jedoch beruhigt werden: nur bei solch außergewöhnlichen Anlässen, und dann ohne Spitze gegen irgendjemanden — bringt die CSU außerhalb des Landes die Tatsache ihrer Eigenexistenz in Erinnerung. Ansonsten geht

Christlich-Soziale Union

Geschäftsführender Vorstand: Vorsitzender: Dr. Hanns Seidel, Ministerpräsident; Stellvertreter: Staatsminister D. h. c. Rudolf Eberhard, Bundesminister Dr. h. c. Franz Josef Strauß. Ferner: Otto von Fleury MdL, Alois Klughammer MdL, Werner Müller, Richard Schachtner, Hermann Höcherl MdB, (Vorsitzender der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag), Dr. Franz Heubl MdL, Landtagspräsident Dr. Hans Ehard, Frau Zita Zehner MdL, Prälat Dr. Emil Muhler, Gerhard Wacher MdB, Prof. Alfons Kreußen MdL, Generalsekretär: Dr. Friedrich Zimmermann MdB. **Publikationsorgane:** CSU-Korrespondenz: „Der Bayernkurier“.

es ihr im Alltagskampf nur um die Inhalte der Unionspolitik, nicht um die besondere organisatorische Form, die sich in Bayern herausgebildet hat.

Die Eigenexistenz, zu der sich 1945 die Männer der ersten Stunde“ bekannten, erschien geboten durch die besonderen geschichtlichen Bedingungen, unter denen einst das Königreich Bayern zum Deutschen Reich fand, Bedingungen, die am klarsten Bismarck gesehen und gewürdigt hat. Sie schien ferner geboten durch die Erfahrungen mit der Weimarer Republik und ihrem allzu starren zentralistischen Aufbau, der nicht zuletzt schließlich Hitler die Handhabe gegeben hatte, dem in Bayern wachgebliebenen Widerstand durch Gleichschaltung des Landes im März 1933 die Basis zu entziehen. Diese Erfahrungen und Erinnerungen sind in der bayerischen Bevölkerung lebendig und eine Union, die einen radikalen Neubeginn nach der Katastrophe von 1945 wagen wollte, mußte darauf Rücksicht nehmen. Um eine Mehrheit hinter dieser Politik sammeln und um insbesondere eine wichtige Vorentscheidung über den künftigen Aufbau einer zweiten deutschen Republik fallen zu können, erschien die Sonderform zwingend notwendig.

In allen Fragen aber standen die Gründer der CSU in den entscheidenden Wochen im Frühjahr 1945 und danach im engsten Kontakt mit den Gründern der

CDU, ja, von Bayern gingen ganz entscheidende Anregungen aus, z. B. der Begriff „Union“, der von dem ersten CSU-Landesvorsitzenden, Dr. Josef Müller, geprägt worden war.

Arbeitsgemeinschaft mit der CDU

In das Jahr 1946 fiel die erfolgreiche Klärung des zukünftigen Verhältnisses zwischen CSU und CDU im Sinne einer engen Arbeitsgemeinschaft in allen praktischen und einer Schicksalsgemeinschaft in allen prinzipiellen Fragen. Diese Verbundenheit wurde endgültig besiegt, als mit der Wahl zum ersten deutschen Bundestag 1949 der verfassungsrechtliche Aufbau der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen wurde. Als zum ersten Mal 24 Abgeordnete der bayerischen CSU in das neue Bundesparlament einzogen, stellte sich für diese Gruppe die grundsätzliche Frage nach ihrer parlamentarischen Organisationsform. In fruchtbaren Gesprächen mit der CDU handelten damals die Bayern einen Vertrag aus, der formell zwar von jeder neuen Bundestagsmannschaft erneuert werden mußte, aber zum Nutzen beider Partner bis

heute gilt und in der CSU niemals ernstlich umstritten war. Auf das Wesentliche zurückgeführt, besagt dieser Vertrag, daß die CSU solange auf eine eigene Fraktion verzichtet und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgeht, so lange diese im Parlament den föderativen Grundcharakter der Bundesrepublik verteidigt. Damit hat die CSU einen Grad der Wirksamkeit erreicht, der weit über ihre Landesposition hinausgeht.

Innerparteilicher Föderalismus

Der organisatorische Aufbau der Christlich-Sozialen Union ebenso wie ihre Satzung, die erst vor kurzem der gesellschaftlichen Entwicklung angepaßt wurde, betonen stark einen „innerparteilichen“ Föderalismus und tragen in mannigfacher Weise Sorge für eine breite Basis der politischen Meinungsbildung und eine Willensbildung von unten nach oben. Die Christlich-Soziale Union hat etwa 200 Kreisverbände, das heißt, in jedem bayerischen Stadt- und Landkreis einen. Ortsverbände bestehen in jeder zweiten Gemeinde des Landes. Das souveräne Parlament der CSU, das über die Satzung beschließt und den ersten Landesvorsitzenden wählt, ist die Landesversammlung mit über 800 Delegierten. Programmatische Beschlüsse fassen der Landesausschuß mit 160 Köpfen, der seinerseits wieder Delegierte in die oberen Parteigremien entsendet, sowie die Landesvorstandschaft mit 60 Mitgliedern.

Hinsichtlich der Vereinigungen, Arbeitsgemeinschaften usw., folgt die CSU weitgehend dem CDU-Beispiel.

Hans Wüst

Keine parteieigene Presse Volle Selbständigkeit der CDU-nahen Zeitungen

Die CDU gibt einen offiziellen Pressedienst und eine Anzahl von Informationsblättern für ihre Mitglieder heraus. Sie verfügt jedoch über keine eigene Tageszeitung und über kein Zentralorgan, wie es die SPD zum Beispiel im „Vorwärts“ besitzt. Dieser Mangel mag bedauert werden.

Gerade das Beispiel des „Vorwärts“ aber, der es trotz einer langen Tradition und trotz aller aufwendigen Bemühungen bis heute nicht zu einer Breitenwirkung über den Kreis der Funktionäre hinausgebracht hat — wobei nicht erwiesen ist, in welchem Umfange er selbst in diesen Kreisen gelesen wird —, sollte ebenso klarend wirken wie die geringen Auflageziffern gewisser linientreuer SPD-Zeitungen.

Was heute mit dem Begriff „CDU-Presse“ bezeichnet wird, sind Zeitungen auf der Basis privatwirtschaftlicher Unternehmen. Ihre Verleger erfüllen aus freiem Entschluß ihre öffentliche Aufgabe auf der Grundlage des Christentums und der Demokratie, aber in völliger Unabhängigkeit. Weder Parteien noch Ämter und Organisationen haben ein Recht der Einflußnahme. Die Zeitungen stehen auf dem Fundament der freien Presse. Sie wehren sich mit Nachdruck dagegen, aus Zweckgründen als „abhängig“ abgestempelt zu werden, und sie erheben den Anspruch, auf Grund ihrer festen politisch-weltanschaulichen Orientierung ihre Unabhängigkeit wahren zu können, auch gegenüber dem Leser.

Obwohl die Unterschiede äußerlich weitgehend zurückgetreten sind, spiegelt sich in der Struktur der deutschen Presse von heute und damit auch in der Struktur der CDU-nahen Presse die Entwicklung der ersten Nachkriegsjahre wider. Sie ist bestimmt von der unterschiedlichen Lizenzpolitik der Besatzungsmächte.

Das Zeitungswesen lag nach Kriegsende in der Hand der Besatzungsmächte. Keine der früheren Zeitungen durfte zunächst wieder erscheinen, keiner der früheren Namen verwendet werden. In allen vier Besatzungszonen wurden Lizzenzen zur Herausgabe von regionalen Zeitungen an politisch orientierte Publizisten und Politiker gegeben.

In der Sowjetzone zeigte sich bald, daß es sich bei diesem Verfahren nur um scheindemokratische Zugeständnisse der Sowjets und der kommunistischen Machthaber handelte.

In der amerikanischen und französischen Zone bevorzugten die Besatzungsmächte die Bildung überparteilicher Zeitungen. Der Kreis der Lizenzträger setzte sich dementsprechend aus Publizisten verschiedener Parteizugehörigkeit zusammen.

men, ein Verfahren, das vielfach zu erheblichen inneren Schwierigkeiten führte. Nur in wenigen Fällen haben sich in den damals lizenzierten Zeitungen die christlich-demokratischen und christlich-sozialen Kräfte durchsetzen können.

Dagegen erfolgte in der britischen Besatzungszone die Lizenzerteilung vorwiegend an Publizisten gleicher Parteizugehörigkeit, so daß große, weltanschaulich orientierte Zeitungen entstehen konnten, die im wesentlichen auch heute noch bestehen und das Schwergewicht der CDU-nahen Presse in der Bundesrepublik darstellen.

Um die Zusammenarbeit und den Meinungsaustausch zu fördern, haben sich die christlich-demokratischen Verleger und Journalisten in dem "Verein Union-Presse" zu einer Arbeits- und Interessengemeinschaft auf freiwilliger Grundlage zusammengeschlossen. Der Verein wurde am 23. Juni 1947 in Nordrhein-Westfalen gegründet. 1949 dehnte er seinen Bereich auf die Bundesrepublik aus. Es liegt auf der Hand, daß auf Grund der Entwicklung der Verein seinen Schwerpunkt im Gebiet der ehemaligen britischen Besatzungszone hat, das ja auch die Bundeshauptstadt einschließt.

Dem "Verein Union-Presse" gehören als Mitglieder an rund 300 Redakteure,

Verein Union Presse

Vorstand: Vorsitzender Dr. Josef Hofmann (zugleich Vorsitzender der Verlegergruppe) Stellvertreter: Dr. J. Kannengießer, Dr. A. Wegner (zugleich Vorsitzender der Journalistengruppe), ferner: Prof. Dr. Dovifat, Dr. R. Heinen, J. Rost, Dr. G. Malbeck.

Geschäftsführer: Dr. Pesch.

Journalisten von Presse und Rundfunk und Verleger, die im Sinne christlich-demokratischer Publizistik tätig sind. Damit ist die Möglichkeit zur Zugehörigkeit auch für Journalisten eröffnet, die nicht in der CDU-nahen Presse tätig sind. Ferner gehören dem "Verein Union Presse" rund 25, z. T. sehr große Mitgliedsverlage mit einer Auflage von rund 1,5 Millionen Exemplaren (rund ein Zehntel der täglichen Gesamtauflage deutscher Tageszeitungen) und über 150 Bezirks- und Lokalausgaben an. Zwischen den Mitgliedern des "Vereins Union Presse" findet, vornehmlich in den Arbeitsgruppen (Verleger, Journalisten, Kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaft) ein ständiger Erfahrungsaustausch statt.

Im Gegensatz dazu steht die straffe Organisation von Presse und Publizistik auf Seiten der SPD. In der "Konzentration-GmbH" verfügt die SPD über eine wirtschaftliche Dachorganisation, der — nach den vorliegenden Angaben der SPD — 26 Zeitungen, 30 Druckereien, 5 Buch- und Zeitschriftenverlage, 8 Buchhandlungen und 8 weitere Unternehmen und Organisationen angehören. Die "Konzentration-GmbH" hat als Aufgaben den gemeinsamen Einkauf von Druckpapier und sonstigem Bedarf für die technischen Betriebe, die Betriebs- und Steuerberatung, die berufliche Förderung der Mitarbeiter und die "Ausrichtung gemeinsamer Interessen". Der Parteivorstand der SPD besitzt 10 v. H. der Gesellschaftsanteile.

Internationale Zusammenarbeit

CDU als Mitglied der „Nouvelles Equipes Internationales“

Die Christlich-Demokratische Union gehört schon seit über zehn Jahren zu der Internationalen Vereinigung der Christlichen Demokraten, die die französische Bezeichnung „Nouvelles Equipes Internationales“ trägt. Abgekürzt wird dieser internationale Bund von Freunden und Gegnern meist als Christliche Internationale“ bezeichnet, obwohl sich die NEI sehr stark von den Zusammenschlüssen der sozialistischen und liberalen Parteien unterscheiden.

Die NEI — die offizielle deutsche Bezeichnung lautet „Internationale Union Christlicher Demokraten“ — sind nur ein loser Zusammenschluß ohne Apparat, der die volle Eigenständigkeit der Mitglieder unangetastet läßt. Vielleicht waren die NEI gerade darum in dem vergangenen Jahrzehnt des europäischen Wiederaufbaues so erfolgreich.

Zu den NEI gehören neben der CDU die Democrazia Christiana Italiens, die Österreichische Volkspartei, die Schweizerische Konservative Volkspartei, die Christlich-Soziale Partei Luxemburgs; die französische Gruppe repräsentiert die Politik des MRP (zu dem z. B. Robert Schuman gehört), zur belgischen Gruppe gehören die Politiker der Christlich-Sozialen Partei. Ein besonderer Erfolg war den NEI in den Niederlanden beschieden: Da das Statut der NEI vorsieht, daß in jedem Lande nur eine Gruppe bestehen darf, haben sich die drei christlichen Parteien des Landes, die in der Vergangenheit nur selten zusammen, aber oft genug gegeneinander arbeiteten, im Rahmen der NEI zu einer holländischen Gruppe vereinigt. Dazu gehören die Katholische Volkspartei und die beiden protestantischen Parteien Christlich-Historische Union und Antirevolutionäre Partei. Außerdem umfassen die NEI christliche Exilgruppen aus den osteuropäischen Ländern und aus Spanien; sie unterhalten auch gute Beziehungen zur konservativen Partei Englands. Auch wird die Zusammenarbeit mit den christlichen Parteien Lateinamerikas gepflegt. Zusammengefaßt darf man sagen: die Internationale Union Christlicher Demokraten umfaßt die führenden politischen Kräfte in Europa.

Die Organisation der NEI ist sehr einfach. Sie hat ihren Sitz in Paris, wo ein kleines Büro besteht; ihre Organe sind der geschäftsführende Vorstand, der Vorstand und der Jahreskongress. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Präsidenten, den vier Vizepräsidenten und dem Generalsekretär.

Präsident der NEI ist im Augenblick der um die europäische Politik hochverdiente derzeitige belgische Kolonialminister Auguste de Schryver. De Schryver ist durch sein schwieriges Aufgabengebiet im Belgischen Kongo jedoch so in Anspruch genommen, daß er nach zehnjähriger erfolgreicher Präsidentschaft den Vorsitz der NEI abgeben muß.

Unter den vier Vizepräsidenten befindet sich als deutscher Vertreter der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Franz Meyers. Generalsekretär war bisher der französische Staatsrat Alfred Coste-Floret. Die deutsche Gruppe der NEI, die ja mit der CDU identisch ist, wird im Vorstand außer von Dr. Meyers von Frau Dr. Luise Rehling, MdB und als Geschäftsführer von Dr. Konrad Kraske vertreten.

Der in jedem Jahre einmal stattfindende Internationale Kongreß dient vor allem dazu, die Politik der christlichen Demokraten zu diskutieren und für sie in der Öffentlichkeit zu werben. Er traf zum ersten Male 1948 in Luxemburg zusammen. 1959 tagte er in Freiburg.

Vom Freiburger Kongreß gingen besonders starke Impulse für die Weiterentwicklung der NEI aus. Es hat sich im Laufe der vergangenen Jahre gezeigt, daß die organisatorische Struktur der NEI, die unter den schwierigen Nachkriegsverhältnissen entstanden war, heute den Bedürfnissen nicht mehr entspricht und daß die christlichen Demokraten Europas schon allein wegen der drei Europäischen Gemeinschaften EWG, Euratom, Montanunion, zu einer engeren Zusammenarbeit kommen müssen. Zu diesem Zweck war schon auf einer NEI-Vorstandssitzung, die im Frühjahr 1959 in Bonn stattfand, eine Konferenz der christlichen Parteivorsitzenden gebildet worden, die inzwischen ihre Arbeit aufgenommen hat und sich im Rahmen der Sechsergemeinschaften vor allem der Aufgabe widmet, die Politik der christlichen Parteien in den sechs Ländern zu koordinieren.

Zur laufenden Erörterung aktueller politischer Probleme haben die NEI mehrere Arbeitskommissionen gebildet, unter denen insbesondere die Wirtschafts- und Sozialkommission, die Kulturkommission und die Kommission zum Studium der Probleme der europäischen Integration zu nennen sind.

Für uns Deutsche sind die NEI, wie auch der Bundeskanzler mehrfach betont hat, in den vergangenen zehn Jahren sehr wichtig gewesen. Die Christlich-Demokratische Union wurde von den Schwesternparteien des Auslandes ohne Vorbehalt gleichberechtigt aufgenommen und hatte so die Möglichkeit, noch lange bevor eine offizielle deutsche Außenpolitik wieder möglich war, das deutsche Interesse zu vertreten und bei der Grundlegung der europäischen Integrationspolitik gleichberechtigt mitzuwirken.

Die auswärtigen Beziehungen der CDU erschöpfen sich nicht allein in den NEI. Die CDU unterhält einen ebenso freundschaftlichen wie losen Kontakt zu denjenigen politischen Gruppen des Auslandes, die aus mannigfachen Gründen bisher nicht zu den NEI stoßen konnten, vor allem den Christlich-Konservativen Parteien Skandinaviens sowie zu den beiden großen Parteien der Vereinigten Staaten.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Postscheckkonto Köln 365 31. Commerzbank-Bankverein, Bonn, Nr. 7487 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.